

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 RM. monatlich 1.10 RM.  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustriertem Sonntag-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 RM. pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 RM. für das übrige Ausland  
 4 RM. pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen  
 je Zeile 60 Pf. für die vollstän-  
 dige und gewerkschaftliche Anzei-  
 gen und Personalausgaben 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das tägliche  
 Wort 20 Pf. (zählend 2 Zeilenbreite  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellengruppe und Schlusszeilen  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 19. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Das Ergebnis der großen Neujahrschlacht in Ostgalizien.

## Wohin die Reise geht.

(Schluß.)

In unserer Nummer vom 16. Januar hatten wir die Stellung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu den Meinungsdivergenzen innerhalb der Partei gekennzeichnet. Wie erinnerlich gipfelte diese Stellungnahme der Gewerkschaftsleitungen, soweit das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ in ihrem Namen zu sprechen überhaupt legitimiert war, in der kategorischen Forderung, daß die „Gewerkschaften“ an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen festhalten müßten.

Nachgehend für die Haltung der sozialdemokratischen Partei sollten danach also nicht die Grundsätze und nationalen und internationalen Kongreßbeschlüsse der Sozialdemokratie sein, sondern der zufällige Majoritätsbeschluss der Reichstagsfraktion, der im Augenblick der Ueberführung und der durch unerwartete Ereignisse erzeugten Gemütsveränderungen einer Parteivertretergruppe zustande kam, die sich durch keinerlei Stimmen unbehinderter öffentlicher Parteikritik mehr beraten lassen konnte.

Jeder Politiker, der Parteigrundsätze und Parteiprogramme nicht als bloße Mittel demagogischen Stimmensangs und völlig unverbindliche Platane betrachtet, sondern als ernst zu nehmende, innerster Ueberzeugung entsprossene Entschlüsse, die langer geschichtlicher Erfahrung und gründlicher jahrzehntelanger Selbstprüfung entsprungen sind, muß eine solche Forderung von vornherein ablehnen, gleichviel von welcher unberufener oder berufener Seite sie auch kommen mag. Er muß sie in der striktesten Form ablehnen, ganz einerlei, wie er auch zu der „Politik des 4. August“ stehen oder gestanden haben mag.

Aber nicht nur die Generalkommission der Gewerkschaften nimmt diesen von vornherein völlig undiskutablen Standpunkt ein, sondern auch die Wortführer des rechten Flügels der Partei. Statt durch den zwar allmählich, aber ganz unverkennbar und unaufhaltsam sich vollziehenden Umbildungsprozess darüber belehrt worden zu sein, daß zufällige Fraktionsbeschlüsse zwar vorübergehend mit der historisch fest begründeten Tradition in Widerspruch geraten, nimmermehr aber Geltung für Ewigkeitsdauer beanspruchen können, daß flüchtige Tageserscheinungen erst recht wieder dem raschen Wechsel sich ändernder Strömungen erliegen müssen, will man jetzt der vergänglichsten Tageserscheinung Ewigkeitsdauer, die unbedingte Bindung einer politischen Norm zugesprochen wissen!

So schreibt Genosse David in der „Intern. Korresp.“:

Die konsequenteste Gruppe Liebknecht erklärt kurzerhand, der Proletariat hat kein Vaterland, das zur Verteidigung ihm zur Verfügung gemacht werden könnte. Der Krieg ist ein imperialistischer Raubkrieg zwischen den herrschenden Klassen der einzelnen Staaten. Demgegenüber haben die Proletariat aller Länder internationale Solidarität zu bewahren und durch vereintes zielbewusstes Handeln ihre kriegstollen Bourgeoisien zum Frieden zu zwingen. Man muß Liebknecht das Zeugnis ausstellen, daß er aus diesen Auffassungen keinen Hehl gemacht hat. Sie stehen in allen seinen Rundgedrungen wieder, und wenn er die Erklärung der Zwanziger zu machen gehabt hätte, so würde er sicherlich nicht veräußert haben, auch bei dieser Gelegenheit der „Verwirrungsphrase von der Vaterlandsverteidigung“ ein auszuweichen.

Nicht so läßt drückt sich die Haase-Gruppe aus. Sie erklärt am 4. August 1914, und sie erklärt, wenn's nötig ist, noch heute: Die Pflicht der Vaterlandsverteidigung erkennen wir auch für den Soldaten. Der mag an der Grenze das Land verteidigen. Als Parlamentarier aber lehnen wir die zur Vaterlandsverteidigung erforderlichen Mittel ab. Denn die Bewilligung wäre ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Hier wird also die Frage der Landesverteidigung angesichts aufmarschierender feindlicher Heere und drohender Invasionen zu einer Frage des parlamentarischen Vertrauens zu den mit der Führung des Krieges betrauten Männern gemacht. Die Kredite werden nicht bewilligt, weil die Notlage des Landes sie heischt, weil unsere Truppen nicht ohne Waffen, Munition, Kleidung, Verpflegung, Sanitätsmaterial usw. bleiben können, sondern sie werden bewilligt oder abgelehnt als persönliche Vertrauensgaben an die Minister und Generale. Mag das Vaterland stehen, wo es bleibt.

Daß die Verweigerung der Kredite durch die Sozialdemokratie am 4. August 1914 die innere Einigkeit des deutschen Volkes schwer erschüttert haben würde, daß die Widerstandskraft des Landes empfindlich geschwächt und die Niederlage in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt worden wäre, kann nicht bestritten werden. Daß sich die Kreditverweigerung vom 4. August 1914 dieser Konsequenz ihres Handelns bewußt waren, kann hier nicht untersucht werden und braucht nicht untersucht zu werden. Ihre Politik ist nach den Wirkungen zu beurteilen, die sie hätte haben müssen, wenn es ihnen gelungen wäre, die Mehrheit dafür zu gewinnen. Das war der Wille. Das haben sie vor dem Lande und vor der Geschichte zu verantworten.

Die Mehrheit der Fraktion hat es als ihre elementare Pflicht angesehen, in der Stunde der Gefahr mitzutreten für die

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. Januar 1916. (W. I. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Allgemein war die Feuerstätigkeit an der Front bei meist klarem Wetter gesteigert. Lens wurde wiederum lebhaft beschossen.

Zwei englische Flugzeuge unterlagen bei Padschendaele und Dabizele (Flandern) im Luftkampf. Von den vier Insassen sind drei tot. Ein französisches Flugzeug wurde bei Medewich (Roussie) von einem unserer Flieger abgeschossen. Führer und Beobachter sind gefangenengenommen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dänhof (südöstlich von Riga und südlich von Widys) gelang es den Russen unter dem Schutze der Dunkelheit und des Schneesturms, vorgeschobene kleine deutsche Postierungen zu überfallen und zu zerstreuen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. Januar. (W. I. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien 18. Januar 1916.

### Russischer Kriegsschauplatz.

Da auch der gestrige Tag keine besonderen Ereignisse brachte, kann die Neujahrschlacht in Ostgalizien und an der besarabischen Front, über die aus naheliegenden militärischen Gründen die Tagesberichte keine eingehenden Angaben bringen konnten, als abgeschlossen betrachtet werden. Unsere Waffen haben an allen Punkten des 130 Kilometer breiten Schlachtfeldes einen vollen Sieg davongetragen. Unsere über jedes Lob erhabene Infanterie, die Trägerin aller Entscheidungskämpfe, hat — von der Artillerie sehr verständnisvoll und geschickt unterstützt — alle Stellungen gegen eine örtlich oft vielfache Ueberlegenheit behauptet. Die große Neujahrschlacht im Nordosten Österreichs begann am 24. Dezember v. J. und dauerte, nur an einzelnen Tagen durch Kampfpausen unterbrochen, bis zum 15. Januar, also insgesamt 24 Tage lang. Zahlreiche Regimenter standen in dieser Zeit durch 17 Tage im heftigsten Kampf. Russische Truppeneinheiten, Auslagen von Gefangenen und eine ganze Reihe von amtlichen und halbamtlichen Rundgedrungen aus Petersburg bekräftigen, daß die russische Heeresleitung mit der Offensive ihres Schutheeres große militärische und politische Zwecke verfolgte. Diesen Absichten entsprachen auch die Menschenmassen, die der Feind gegen unsere Fronten ansetzte; er opferte, ohne irgend einen Erfolg zu erreichen, mindestens 70000 Mann an Toten und Verwundeten hin und ließ nahezu 6000 Kämpfer als Gefangene in unserer Hand. Der Truppenzusammensetzung nach haben am Sieg in der Neujahrschlacht alle Stämme der Monarchie Anteil. Der Feind zieht neuerlich Verstärkungen nach Ostgalizien. Sonst im Nordosten keine besonderen Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. An der Dolomitenfront, am Tolmeiner Brückenkopf und im Görzischen fanden stellenweise lebhaftere Gefechtskämpfe statt. Kleinere feindliche Unternehmungen gegen den genannten Brückenkopf und ein Angriff auf unsere Stellungen am Nordhang des Monte San Michele wurden abgewiesen.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Verhandlungen, die die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres zu regeln haben, begannen gestern nachmittags. Unsere Truppen, die inzwischen nach Virpazar und Rijeka besetzt hatten, haben die Feindseligkeiten eingestellt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

### Ereignisse zur See.

Am 17. nachmittags vollführte ein Geschwader von Seeflugzeugen einen starken Angriff gegen Ancona, wo Bahnhof, Elektrizitätswerk und eine Kaserne mit schweren Bomben getroffen und in Brand gesetzt wurden. Das sehr heftige Feuer von 4 Abwehrgeschützen war ganz ohne Wirkung. Alle Flugzeuge sind unbeschädigt eingetroffen.

Flottenkommando.

Verteidigung des Landes. Die Liebknecht, Haase und Genossen haben nichts getan, um die Widerstandskraft Deutschlands in dem Ringen gegen eine gigantische Uebermacht von Feinden zu Wasser und zu Lande zu stärken. Sie haben im Gegenteil ihren parlamentarischen Einfluß eingesetzt, diese Widerstandskraft zu schwächen. So steht die Partei zwischen ihnen und uns. Hier ist die Scheidelinie der Weitzer innerhalb der Sozialdemokratie.

Wir geben diese Auffassung Davids wieder, ohne uns polemisch gegen sie zu wenden. Deshalb wir das nicht tun, erfahren diejenigen Genossen, die es bis zum heutigen Tage noch nicht begriffen haben sollten, aus der Rede Dittmanns über die Zensur.

Aber wir halten auch schon deshalb eine Entgegnung für überflüssig, weil jeder Sozialdemokrat, für den das Wesen des Sozialismus und der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft nicht seit jeher ein geistiger Fremdkörper gewesen, den Davidschen Argumenten ohnehin die entscheidenden Gegenkräfte entgegenzusetzen imstande ist.

Nur das sei bemerkt: Hätte David mit seinen Darlegungen recht, so wären alle bisherigen internationalen Kongresse und Beschlüsse nichts als ein verlogenes Gaukelspiel gewesen. Dann verdienten Bebel und Wilhelm Liebknecht wegen ihrer Abstimmung über die Kriegskredite im Jahre 1870 nicht den Ehrenplatz in der Partei und Parteigeschichte einzunehmen, den ihnen bis heute kein Sozialdemokrat bestritten hat, sondern als „vaterlandslose Gesellen“ gebrandmarkt zu werden!

Die Geschichte der Vergangenheit hat darüber längst ihr Urteil gefällt. Und die Geschichte und die Sozialdemokratie wird im gleichen Sinne über die heutigen Gefinnungsgeosinnen der Bebel und Liebknecht ihr Urteil fällen. In der geistigen Gemeinschaft dieser Diokuren des Sozialismus fühlen wir uns jedenfalls ungleich wohler, als in der Gesellschaft der David, Wolfgang Heine und ihresgleichen.

Dagegen, daß David seinen Standpunkt vertritt, haben wir nichts, selbst unter den heutigen Umständen nicht, wo ihm die gebührende Antwort nicht gegeben werden kann. Denn David hält sein Auftreten offenbar für ein Gebot politischer Gewissenspflicht. Die Vertretung solcher Gewissenspflicht haben wir nie bestritten — alle Unterdrückungsmassnahmen und Verfeinerungsmahregeln sind ja bis jetzt von der anderen Seite ausgegangen. Natürlich mit demjenigen Erfolge, der solchen Verjuch von Anfang der Geschichte stets beschieden gewesen ist: mit dem Erfolge, der Opposition erst recht alles zugutreiben, was noch Rechtschaffenheitsbewußtsein, Rückgrat und geistige Selbstständigkeit besitzt.

Wir haben deshalb auch gar nichts gegen die Losung Davids einzusetzen:

„Die Mehrheit übernimmt die Verantwortung, die ihr zufällt, und die Minderheit übernimmt die ihre. Danach mögen die Parteigenossen im Lande, danach mag der Parteitag und dann das deutsche Volk bei der nächsten Wahl entscheiden!“

Wolfgang Heine geht freilich in einem Artikel der neuesten Nummer der „Z. R.“ weiter. Er will die Entscheidung nicht den Massen nach späterer abgeklärter Beurteilung nach einer unter gleichen Bedingungen erfolgten öffentlichen Aussprache vorbehalten wissen, sondern schon jetzt die Mehrheiten der Funktionäre unter dem Schutze der heute herrschenden Mächte zu einem Gewaltstreik gegen die „Minderheit“ aufstacheln. Schreibt er doch:

„Das sind keine theoretischen Fragen mehr, über die man sich streiten und die Ansichten sich klären lassen könnte, sondern jetzt muß gehandelt werden und zwar im Momente die Unterstreichung durch Sperrdruck übernehmen wir hier wie im Folgenden dem Original des Genossen Heine! Alles hängt von der Tat des Augenblicks ab. Darum dürfen die Fraktion und die Partei sich gegenwärtig keine Sonderaktion gefallen lassen, die die Vaterlandsverteidigung, ihre Arbeit für den Frieden und die Arbeit der Partei für innere Neugestaltungen schwächt.“

Heine predigt hier also das System der Diktatur und des Terrors gegen andersdenkende Genossen, und zwar in einem Augenblick, wo den Andersdenkenden jede freie Verteidigung ihres Standpunktes unmöglich gemacht ist! Der selbe Heine, der — unter normalen Zeiten! — das Recht der Opposition so pathetisch verteidigt hat. Eine wundervolle Selbstenttarnung dieses freien Ritters vom Geiste!

Wie man auch über den Krieg und seine Folgen denken mag: das Gute hat er doch gebracht, daß er uns jetzt die „freien Geister“, die Männer der ehemals angeblich durch Parteitagbeschlüsse so schwer mißhandelten und in ihrer Bewegungsfreiheit eingekerkerten Opposition in ihrer wahren Gestalt gezeigt hat! Die Deutchen sollen sich künftig noch einmal über „Intoleranz“, über „Jelotismus“ und „Fanatismus“ zu beschweren wagen!

Sehen wir aus den Ergüssen der Generalkommission, des Genossen David und des Genossen Heine, wohin ihrem heißen Wunsche und ihrem so unduld-

faamen Landdränge nach die Reise gehen soll, so drückt der Genosse Kolb das Siegel unter das so verführerische Programm der Partei, „Erneuerer“. Läßt er sich in der Nummer des „Karlsruher Volksfreund“ vom 11. Januar doch also vernehmen:

„Die Ausführungen Davids sind zweifellos richtig. Sie erschöpfen aber nicht die Ursachen des Gegenwertes zwischen der Politik der Mehrheit und derjenigen der Minderheit. Dieselbe Opposition, welche heute von der Mehrheit gegen die Bewilligung der Kriegskredite gemacht wird, wird sie nach dem Siege gegen jede staatspolitische Politik der Partei machen, gleichviel ob es sich dabei um die Militär-, die Kolonial-, die Steuer- oder irgendwelche andere Frage handelt. Der Standpunkt, von welchem die Separatisten bei ihrer prinzipiellen Opposition gegen die Bewilligung der Kriegskredite ausgehen, schließt jede konsequente politische Politik der Sozialdemokratie aus, die „Politik“ der Minderheit endet stets in der prinzipiellen Negation des heutigen Staates. Die Scheidelinie geht also viel tiefer als Genosse David es darstellt. Deshalb genügt es auch nicht, die Politik der Minderheit „entschieden zu mißbilligen“, sondern es muß eine prinzipielle Entscheidung getroffen werden. Die Mehrheit muß, wenn sie den Boden für die Fortsetzung ihrer Politik verlassen will, mit einer programmatischen Klaren, jeden Zweifel über ihre Absichten ausschließenden Erklärung heraustreten, in der festgelegt wird, daß die Politik des 4. August einen Bruch mit den „prinzipiellen“ Resolutionsbedingungen, auf welche bis zum 4. August die Politik der Partei prinzipiell festgelegt war und daß die Fortsetzung der Politik des 4. August eine

Aufhebung jener Parteitagbeschlüsse, auf welche sich die Minderheit beruft, zur unbedingten Voraussetzung hat.

Nur so können die Parteigenossen erfahren, um was es sich im Kerne handelt, nämlich den alten, seit Jahrzehnten bestehenden inneren Konflikt der Partei endlich zur Entscheidung zu bringen.“

Es ist wahrlich weit gekommen in der Partei, für deren äußeren Aufbau nicht nur, sondern vor allen Dingen auch grundsätzliche Durchbildung und Festigung die besten Geister der Partei, die Marx, Engels, Bebel, Liebknecht ihr ganzes Sein und Wirken eingesetzt haben, wenn sich solche Stimmen öffentlich hervorwagen dürfen!

Herbortragen und in zahlreichen Parteiblättern ihr parteizerrüttendes Handwerk treiben dürfen, ohne daß die zur Wahrung der Parteigrundsätze berufenen Räderverschafften, die doch sonst mit dem Schleudern von Mannhullen so wenig zargen, auch nur den leisesten Protest dagegen erheben!

## Die montenegrinischen Kapitulationsbedingungen.

Wien, 18. Januar. (B. L. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus authentischer Quelle über die Verhandlungen mit Montenegro: Am 18. Januar erschienen bei unseren Vorkriegsministern zwei montenegrinische Minister und ein Major der Artillerie und sprachen den Wunsch aus, in Kapitulationsverhandlungen einzutreten. Dieser Wunsch wurde an die zuständige Stelle weitergegeben. Es erfolgte der sofortige Bescheid, die erste Voraussetzung für die Einleitung und Weiterführung der Verhandlungen sei die bedingungslose Waffenstreckung der montenegrinischen Armee. Beide Minister blieben in Cetinje. Der weitere Verkehr mit ihnen erfolgte durch Mittelpersonen. Unter den Waffen, welche Montenegro niederlegen muß, werden alle modernen Feuerwaffen im Sinne der europäischen Heeresdienst, auch jene Waffen und Geräte, die jeder männliche Montenegriner trägt, verstanden. Die wehrhaften Montenegriner werden in größeren Trupps zusammengetrieben und die Waffen buchstäblich niedergelegt. Die Kontrolle für die Waffenlieferung wird darin bestehen, daß unsere Truppen eine strategische Waldstreckung vornehmen werden, so daß ganz Montenegro als ein großer Wald aufgefaßt und nach seiner ganzen Breite abgegangen wird, damit sich nicht irgendwo Wälder bilden und einen Guerillakrieg auf eigene Faust fortführen. Sodann wird die männliche wehrfähige Bevölkerung in bestimmten Gegenden verteilt, was wahrscheinlich bis in das hohe Herbstalter hinauf notwendig sein wird. Die montenegrinischen Frauen haben sowohl als Kombatanten wie im ganzen Etappenendienst am Krieg teilgenommen. Allerdinge stellte König Nikita schon seit längerer Zeit die Auszahlung der Löhne ein, worauf viele Frauen in die Heimat zurückkehrten, wohin ihnen aus zeitweiligen Urlaub die Familienmitglieder folgten, um den Unterhalt ihrer Familien wenigstens für einige Zeit sicherzustellen. Die Frauen werden ausnahmslos in den einzelnen Ortschaften belassen. Zur bedingungslosen Waffenstreckung gehört auch die Uebergabe sämtlicher Städte und Ortschaften und die Uebergabe aller Verkehrsmittel, namentlich der Eisenbahnen.

## Scharmügel an der ägyptischen Grenze.

Kairo, 16. Januar. (B. L. V.) Meldung des neuterischen Bureau. Ähnlich wird gemeldet, daß eine Kolonne von Mexo Matrius am 18. Januar vierhundert Araber auseinandertrieb, die vierzig Weisen von Matrius festgeknüpft waren. Die Araber leisteten keinen Widerstand, sondern fielen bei dem Herannahen unserer Truppen. Ueber hundert Kamel, alle Schafe, Ziegen und Zelte wurden erbeutet.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 18. Januar. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag: Vom Laufe der Nacht ist nichts zu melden, außer ziemlich lebhafter Artillerietätigkeit zwischen Somme und Aube.

Paris, 18. Januar. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von Montag abend: In Belgien beschloß unsere weittragende Artillerie zwischen Westende und Mittelfront eine feindliche Truppenansammlung, die beträchtliche Verluste erlitt. Zwei feindliche Flugzeuge, die in der Richtung auf Dinan flogen, wurden von unseren Spezialgeschützen unter Feuer genommen und zur Umkehr gezwungen. Die Flieger warfen vier Bomben auf die Dünen, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Zwischen der Somme und der Aisne beschossen wir deutsche Schützengräben bei Herbecourt westlich von Peronne und die Mühle Soustoutent. Nördlich der Aisne verurteilten unsere Batterien erheblichen Schaden in den feindlichen Anlagen auf der Hochfläche von Baulers und in der Gegend der Cholerafarm (nordwestlich von Verry au Bac). Desflich der Raasbüden beschossen unsere weittragenden Geschütze feindliche Speicher bei Conflans-en-Tarnish (südlich von Brie). Man sah Plammen und eine dicke Rauchsäule aus den beschossenen Gebäuden aufsteigen.

Belgischer Bericht: Die Artillerietätigkeit hat heute wieder mehr an Bedeutung gewonnen. Wir zerstörten feindliche Arbeiten bei Boumen und bei Pöjele.

## Die englische Meldung.

London, 17. Januar. (B. L. V.) Amtlicher Bericht aus dem britischen Hauptquartier. Nachdem die Deutschen nachts bei Eibensch Bomben geschleudert hatten, unternahmen wir mit vorzüglichem Ergebnis einen kombinierten Angriff mit Handbomben und Laufgrabenmörfern. Wir beschossen einige Orte nördlich von Sporn wirksam und verursachten dabei einen großen Brand.

## Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 18. Januar. (B. L. V.) Amtlicher Bericht vom 17. Januar. Westfront: Deutsche Flieger überflogen Schloß Kurtenhof (an der Dina, 18 Kilometer nordwestlich von Sankt Petersburg) und Danaburg. Bei Planaten (19 Kilometer südlich Riga, Rollenstufen (21 Kilometer) östlich Friedrichshof und Flugzeugen Artillerielämpfe statt. Auf das Dorf Lawrenskaja (an der Dina, 21 Kilometer südlich Ebenhof) und in der Gegend von Dubelskaja (22 Kilometer nordwestlich von Danaburg) wird gute Artilleriewirkung gemeldet.

Kaukasusfront: Die Türken versuchten zweimal das rechte Arshabauer zu gewinnen, wurden aber beide Male zurückgeworfen. In den Kämpfen am 15. Januar machten unsere Truppen 187 Gefangene, erbeuteten ein türkisches Munitionsdepot nordwestlich von Chorosan mit ungefähr einer halben Million Patronen und mehreren tausend Artilleriegeschossen.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. Januar. (B. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Längs der Trentinogrenze war die Artillerietätigkeit weniger reger. Unter wohlgezieltes Artilleriefeuer gegen das Fort Natli im Seebachtal verurteilte die Zerstörung einiger Teile des Forts und die Flucht feindlicher Abteilungen. Auf den Höhen von Ostabija setzten wir unsere kräftige Gegenoffensive fort, um die letzten noch in den Händen des Feindes befindlichen Grabenstücke nördlich des Dorfes zurückzuerobern. Die von uns gemachten Gefangenen bestätigten, daß starke Kräfte von dem Feinde in den Kampf eingesetzt wurden und daß die feindlichen Verluste stark sind. Auf dem Markt keine Veränderung. Feindliche Flugzeuge warfen gestern auf einige Häuser im unteren Tsongotale Bomben ab, die geringen Schaden verursachten. Cadorna.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. Januar. (B. L. V.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Front keine wesentliche Veränderung. Unsere Artillerie zerstörte einen feindlichen Monitor, der in der Gegend von Scheikh Said bemerkt wurde.

An der Kaukasusfront leisten unsere Truppen heldenhaften Widerstand gegen die Angriffe, die der Feind mit überlegenen Kräften gegen unsere Stellungen zwischen den Flüssen Arras und Zb ausführt. Dieser Widerstand ermöglicht es, das Zusammenwirken unserer auf den Flügeln stehenden Truppen mit denen der Mitte trotz heftiger anhaltender Schneestürme zu sichern.

Auf den übrigen Fronten keine Veränderung.

## Agrarfrage und auswärtige Politik in Rußland.

In seiner vor kurzem erschienenen Schrift „Rußland und wir“ vertritt Dr. Paul Rohrbach die eigenartige Theorie, daß die Wurgen des russischen Ausbreitungsdranges in der Agrarreform der russischen Regierung zu suchen seien. Dadurch, daß Stolypin und nach ihm Krivoschkin die bäuerliche Dorfgemeinde zerstögen und den Eigenbesitz der Bauern förderten, sei „der Bauer praktisch ein bereitwilliges Werkzeug der pan-slawistischen Ausdehnungspolitik der gegenwärtigen russischen Macht“ geworden. Die Stolypinsche Agrarreform selbst, die — wie Rohrbach zutreffend bemerkt — „überwiegend aus politischen Motiven“ unternommen wurde, um der Revolution den Boden abzugraben, ist nach seiner Meinung „die stärkste positive Leistung der russischen Politik seit der Bauernbefreiung Alexanders II.“ Das Gesetz des russischen Ausbreitungsdranges, das Rohrbach aufstellt, lautet folgendermaßen:

Rußland ist auf dem Wege, ein Bauernstaat zu werden, und solche Staaten haben, wie wir an geschichtlichen Beispielen sehen, das stets Bedürfnis, neue Länder zu erwerben, um den Ueberfluß ihrer Bevölkerung auf neuen Bauernhöfen ansetzen zu können. Je mehr durch die zunehmende Demokratisierung des Beamtentums und durch die wirtschaftliche Verbesserung des Bauernstandes der Bauer zum eigentlichen Herrn Rußlands werden wird, um so näher wird dieser Wunsch hervortreten, für seine Kinder Länder zu erobern.“

In wohlthuendem Gegensatz zu dieser Theorie steht eine Betrachtung in der Neujahrsnummer der „Frankfurter Zeitung“, die den Bestandteilen und Triebkräften des russischen Ausbreitungsdranges nachzuforschen sucht. Im Gegensatz zu Rohrbach, der den Schönfärbereien der russischen Regierung willig Glauben schenkt, steht die „Frankfurter Zeitung“ der russischen Agrarreform ziemlich skeptisch gegenüber: „Die Verwirklichung dieser Reform ist zwar viel weniger weit gehen als die stark optimistisch gefärbten amtlichen Berichte vermuten lassen könnten: im eigentlichen Großrußland, wo die Feldgemeinschaft am tiefsten in historischer Ueberlieferung wurzelt, ist die Durchführung kaum eingeleitet worden.“ Immerhin ist aber ein gewaltiger Beamtenapparat geschaffen worden, der von der Regierung insofern in den Dienst der nationalrussischen großrussischen Ausdehnung gestellt wurde, als die „Fremdvölker“ bei der inneren Kolonisation in ausgesprochener Weise hintangeseht wurden.

Wie auch der Krieg enden mag, bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ weiter, die russische Agrarreform wird weiter fortgeführt werden müssen. Selbst in ihrer jetzigen Gestalt — die, wie hinzugefügt werden muß, ausschließlich der Schicht der „Großbauern“ zugute kommt — könne die Reform die Landnot der russischen Bauern wesentlich lindern.

Mittelbar aber wird die Reform neue, in ihren Endzielen noch nicht zu überschende Kräfte wecken. Die Regierung erhofft einen Rückhalt an einem konservativen Kleinbauernstand: dieser würde aber vielleicht sehr bald einen Einstuß fordern, den jetzt die Bürokratie niemandem, der außer ihr steht, einräumen will.

Die Millionen von Industriearbeitern und Landarbeitern ohne eigenen Boden, die nach der Durchführung der Reform einen neuen, bisher in Rußland unbekanntem proletarischen Stand bilden werden, bedeuten sicherlich für das autokratische System eine gewaltige Gefahr. ... Der Sozialismus hat jetzt schon in Rußland eine Wirkung, die sich nur mit der Tiefe und Kraft religiöser Bewegungen vergleichen läßt. Die völlige Trennung dieses Proletariats vom Bauernstande, mit dem es scheinbar jetzt noch unmittelbar verwachsen ist, wird dabei nicht so schnell vor sich gehen können, daß die Propaganda dieser Lehren nicht auch auf den Land hinübergetragen würde. Die Industrie freilich wird durch diese Proletarisierung von Millionen einen Arbeiterstand gewinnen, der an ihre Fabriken gebunden ist, während bisher der Arbeiter leicht und gern wieder auf den Land stücherte und dadurch die Stabilität der Arbeit schwer gefährdete. Obwohl bisher diese ganz eigenartige Arbeiterfrage als größte Schwierigkeit der russischen Industrie empfunden wurde, so ist doch kaum zu befürchten, daß ihre Behebung Rußland etwa zum Industriestaat

machen könnte, wodurch die Stärke der bisherigen Expansionsdränge wegen der Notwendigkeit der Eroberung fremder Märkte gesteigert würde. Schon der beschränkte Vorrat an Eisen und Kohlen verhindert eine allzu starke Entwicklung der russischen Industrie. Dabei ist der innere Markt so groß und würde mit einem wachsenden Reichtum der Bauern so schnell noch mehr aufnahmefähig werden, daß er auf unabsehbare Zeit hinaus der russischen Industrie einen genügenden Absatz sichert. Nur auf den Märkten des fernen Ostens wird vielleicht Rußland bald den Wettbewerb mit Japan für die billigsten Sorten von Baumwollgewebe aufnehmen können.“

Obwohl die „Frankfurter Zeitung“, wie aus den angeführten Sätzen ersichtlich ist, den Zusammenhang zwischen Agrarreform und großrussischem Ausbreitungsdrang keineswegs vollkommen leugnet, kommt sie doch hinsichtlich der künftigen inneren und äußeren Entwicklung Rußlands zu Ergebnissen, die den Verhältnissen weit mehr entsprechen als das lustige Phantasiegebilde Rohrbachs. Denn letzten Endes kommt es nicht auf den „Willen“ dieser oder jener herrschenden Partei oder Schicht an, sondern auf den immanenten Gang der geschichtlichen Entwicklung. Diese Entwicklung ist aber auch in Rußland nicht wesentlich anders als in den übrigen europäischen Ländern. Rußland ist nicht auf dem Wege, ein „Bauernstaat“ zu werden, der fremde Länder schlucken muß, um seinen Bevölkerungsüberschuß auf neuen Bauernhöfen ansetzen zu können. Rußland ist vielmehr auf dem Wege, sich aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat zu verwandeln und etwa denselben Prozeß durchzumachen, den im letzten halben Jahrhundert die Vereinigten Staaten durchgemacht haben. Daß diese Entwicklung sich in Rußland schneller vollzieht, liegt an seiner rückständigen politischen und sozialen Struktur, die die Herrschaft über das Riesengebiet noch immer einer dünnen Schicht Besitzender und Privilegierter überantwortet. Die von Rohrbach so gepriesene „Agrarreform“ Stolypins ist weiter nichts als ein Versuch dieser Schicht, die stürmischen Forderungen nach Umteilung des Latifundienbesitzes und der Dömanen unter die Bauern in andere Bahnen zu lenken und die Gefahr der landhungrigen Bauern durch Begünstigung der kapitalträchtigsten Bauernschicht zu sprengen. Es ist aber eine Utopie anzunehmen, daß es mit dieser Art „Reform“ sein Bewenden haben kann. In dieser oder jener Form wird die Forderung einer radikalen Agrarreform wiederkehren, denn nur eine solche Reform, in Verbindung mit einer radikalen politischen Umgestaltung, die die Völker Rußlands befreit, kann das Reich vor Zerfall und Verelendung bewahren und freie Bahnen schaffen für die Entwicklung des Kapitalismus.

Die „Frankfurter Zeitung“ kommt selbst unter dem Gesichtspunkt einer weniger stürmischen Entwicklung zu dem Schluß, daß ein wirtschaftlich gefestigter Bauernstand den Boden für eine riesige Entwicklung der Industrie abgeben wird, während zu gleicher Zeit in Stadt und Land eine gegen die Autokratie gerichtete politische Entwicklung einsetzen dürfte. Diese Perspektive enthält sicherlich zahlreiche Uuden und leidet vor allem an der Unterschätzung der revolutionären Entwicklungstendenzen in den Volksschichten Rußlands. Was sie aber vorteilhaft von anderen ad hoc erfundenen „Perspektiven“ unterscheidet, ist die Einsicht, daß bei der herrschenden Mißwirtschaft und der nach Herrschaft gierenden Bourgeoisie lebendige imperialistische Ausdehnungsdrang, der die russische auswärtige Politik verhängnisvoll beeinflusst, in der Zukunft zahlreiche Hemmungen wirtschaftlicher, sozialer und nationaler Natur erfahren wird. Der russische Imperialismus ist zwar ebenso wenig wie jeder andere ein friedfertiger Geselle, er zeigt vielmehr, entsprechend den geschichtlichen Traditionen seiner jetzt herrschenden Schichten, Züge rückwärtsloser Brutalität und Greif. Was aber für die Einschätzung der in der Entwicklung Rußlands wirkenden Kräfte vor allem in Betracht kommt, sind folgende Tatsachen:

1. Rußland bildet ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, dessen Industrie und Landwirtschaft sich gegenseitig ergänzen, ohne auch bei starker Entwicklung nach außen hin aggressiv wirken zu müssen;
2. eine Demokratisierung des russischen Staatslebens in Verbindung mit sozialen Reformen wird starke politische Kräfte auslösen, die den überlieferten oder neu auftauchenden aggressiven Tendenzen der oberen Schichten heftig entgegenwirken werden;
3. in derselben Richtung wird die nationale Entwicklung Rußlands wirken, die sich unverfennbar in der Richtung eines Nationalitätenstaates bewegt.

## Russische Anleihe in Amerika.

London, 17. Januar. (B. L. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York vom 16.: Ein starkes amerikanisches Syndikat, an dessen Spitze die Guaranty Trust Co. von New York steht, verhandelt mit sechs der kapitalträchtigsten russischen Banken über eine Anleihe von etwa 100 Millionen Dollar. Sie soll dem amerikanischen Publikum in der Form von Akzepten angeboten und zu hohem Zinsfuß ausgegeben werden. Diese Anleihe soll mit der andern Anleihe vom gleichen Betrage, über die die National City Bank seit geraumer Zeit verhandelt, konsolidiert werden, so daß dieselben amerikanischen Banken an beiden Emissionen interessiert sein würden. Entscheidungen sind noch nicht erzielt worden.

## Kriegsmittelungen im Unterhaus.

London, 17. Januar. (B. L. V.) Neustermeldung. Unterhaus. Chamberlain teilte mit, daß die Türken, nachdem sie sich am 11. Januar nach der Stellung von Eisin, sechs Meilen östlich von Kut el Amara, zurückgezogen hatten, am 12. wieder nach der Stellung Wanni vorrückten. Sodann zogen sie sich aber wieder zurück und am 14. und 15. wurde ihre ganze Stellung bei Wanni erobert. Die türkischen Nachhutten beziehen die Stellungen bei Eisin. Sie wurden durch anhaltendes schlechtes Wetter behindert. Alle Verwundeten wurden auf dem Flusse weggebracht.

Die Debatte über die einzelnen Punkte der Militärdienstbill verlief ohne besondere Zwischenfälle. Bei der Abstimmung über die beantragten Zusätze erhielt die Regierung die überwältigende Mehrheit. Die Zusätze der Arbeiterpartei, durch welche die Möglichkeit eines industriellen Zwanges ausgeschaltet werden soll, werden morgen zur Verhandlung gelangen. Man glaubt nicht, daß sich dabei Schwierigkeiten ergeben werden.

## Ein Ausruf der englischen Kriegssozialisten.

London, 17. Januar. (B. L. V.) Neustermeldung. Die sozialistische Kommission für nationale Verteidigung hat ein Manifest erlassen, in dem gesagt wird, daß die Verpflichtung zur Verteidigung der Freiheit des Volkes den sozialistischen Grundsätzen nicht widerspricht. Direkter und indirekter Zwang sei der Schlüsselstein des Gewerkschaftswesens. Ein körperlich taugliches Mitglied einer Gewerkschaft, dessen Arbeit nicht für andere Zwecke benötigt werde, und das sich weigere, die Waffen zu ergreifen, sei ein Feindling.



# Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Arbeitsmarkt von Groß-Berlin.

Die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 239 Krankenkassen Groß-Berlins ist in der Woche vom 1. bis zum 8. Januar von 1 103 880 auf 1 101 268, d. i. um 2601 oder 0,24 Proz. gesunken, bei den männlichen Beschäftigten um 1094 (0,40 Proz.), bei den Frauen um 867 (0,11 Proz.). Bei dem Rückgange dürfte es sich in der Hauptsache um aus der Vorwoche rückständig gebliebene Abmeldungen handeln, bei den Männern kommen außerdem auch militärische Einberufungen in Betracht.

Die Zahl der bei 38 Verbänden der Freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen ist in der Woche vom 8. bis zum 10. Januar von 2457 auf 2613 d. i. um 156 oder 6,35 Proz. gestiegen. Die größte Zunahme hat mit 98 der Verband der Buchbinder erfahren, und zwar als Folge der nach den Festtagen verringerten Arbeitsgelegenheit, worauf auch die 85 betragende Zunahme bei den Metallarbeitern zurückzuführen ist.

In der Berichtswwoche war nach Ablauf des Festes der Verkehr auf dem Arbeitsmarkt reger als in der Vorwoche. Die für männliche Arbeitskräfte gemeldeten offenen Stellen stiegen bei dem Zentralverein für Arbeitsnachweis von rund 2000 auf 3200 in der Berichtswwoche, doch nahm auch der Andrang der Arbeitsuchenden zu. In der Metallindustrie machte sich mehrfach eine regere Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften bemerkbar. Nach den Angaben des Verbandes Berliner Metallindustrieller nahmen die gemeldeten offenen Stellen ungefähr um das Doppelte zu. In einigen mit Heeresaufträgen beschäftigten Zweigen der Metallindustrie macht sich dauernd eine Knappheit an gelernten Arbeitern bemerkbar. Doch überwiegt in einzelnen Betrieben in der vergangenen Woche das Angebot an ungelernten Arbeitern die Nachfrage.

In der chemischen Industrie zeigte sich Mangel an geschulten Arbeitskräften. In der Holzindustrie wurden nach Angaben des Facharbeitsnachweises der Berliner Holzindustrie mehr als doppelt so viel offene Stellen gemeldet, als in der Vorwoche; doch nahm auch die Zahl der Arbeitsuchenden fast um das Doppelte zu. Die Lage der Brauindustrie war günstiger als in der Vorwoche.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt kam es zu zahlreichen Entlassungen in der Metallindustrie. Von dem Zentralverein für Arbeitsnachweis konnten von den 467 neu eingeschriebenen Arbeitsuchenden für die Metallindustrie nur 61 vermittelt werden. Mit Ausnahme der Metallindustrie war die Nachfrage nach Arbeiterinnen für Militärbedarfsartikel etwas reger als in der Vorwoche. Ein Teil des Buchdruckpersonals wurde nach Fertigstellung der Ausschussarbeiten für das Fest wieder entlassen, ohne daß es möglich war, allen Stellenfindenden Arbeit zu verschaffen. Die Nachfrage nach Erdarbeiterinnen war größer als in der Vorwoche. Kontoristinnen wurden nach Angaben des kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte mehr verlangt als in der Vorwoche.

Bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen von Groß-Berlin betrug die Zahl der vermittelten männlichen Arbeitskräfte 2028, die der weiblichen 2099. An offenen Stellen waren für männliche Arbeiter 2616, für Frauen 2886 vorhanden. Die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden stellte sich auf 8354, die der weiblichen auf 4783.

Die Stodarbeiter haben kürzlich eine statistische Erhebung veranstaltet, wodurch folgendes festgelegt wurde: Bei Ausbruch des Krieges gab es in Berlin 35 Stodfabriken, 16 sind im Laufe des Krieges geschlossen worden, 19 befinden sich gegenwärtig noch im Betriebe. In diesen 19 Betrieben sind 243 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen beschäftigt. Wie in der Vertrauensmännerversammlung am Montag ausgeführt wurde, geht aus dieser Feststellung hervor, daß die Frauennarbeit unter dem Einfluß der Kriegesfolgen auch in der Stodindustrie Eingang gefunden hat und vielleicht noch zunehmen wird.

# Aus Industrie und Handel.

## Die Einschränkung der Herstellung von Süßigkeiten.

Die Bundesratsverordnung über die Beschränkung der Herstellung von Süßigkeiten vom 16. Dezember 1915 nebst der Ausführungs-Befanntmachung vom 30. Dezember 1915 bedeutet nicht bloß eine sehr einschneidende Maßnahme für die Konfitüren-Industrie, sondern auch eine sehr schwierige Rechtsvorschrift für die praktische Durchführung, zu welcher die „Zucker-Zuteilungsstelle“ für das deutsche Süßigkeiten-Gewerbe“ in Würzburg (unter Vermittlung der „Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokoladen-Fabrikanten i. V.“) gebildet wurde.

Der Zweck der Verordnung ist die Einschränkung des Zucker-Verbrauchs für die Herstellung von Süßigkeiten (Konfitüren) im Jahre 1916 um die Hälfte des Verbrauchs im Normaljahr vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915. Ueber die gewöhnlichen Kreise, die von der Vorschrift betroffen werden, besteht offenbar noch viel Unklarheit. Kurz gefaßt, soll die Fabrikation der „Süßigkeiten“, das ist der Konfitüren (im handelsüblichen Sinne) um die Hälfte ihres Umsatzes beschränkt werden. Nicht getroffen werden die Betriebe der Konditorien, die nur Wadern und dergleichen machen, dann der Keks-, Waffel- und Gebäckindustrie, ferner die Fabrikation der Früchte- und Obstkonerven, des Kunsthonigs, der Patrizienwaren, der Marzipan-, Makronen- und Rougat-Hohnmassen, der Pasteten, der Kuchenbäckerie und endlich auch nicht die Fabrikation der einfachen Schokoladen (auch mit Zusatz von Gewürzen, Mandeln, Nüssen und dergleichen). Wenn aber betriebe nebenher noch Konfitüren herstellen (zum Beispiel Zuckerwaren, auch medizinische Bonbons, Dragees, Bräunel, Fondants, Marzipanfächer, Christbaum- oder Oiser-Zuckerwaren), so fallen sie nicht bloß mit diesem Teil des Betriebs sachlich unter die Beschränkung (Kontingenzierung) um die Hälfte, sondern mit ihren sämtlichen Zuckerbezeugen auch unter die Kontrolle.

Die Kontrolle ist nämlich aufgebaut auf den Gedanken der Bezugsscheine einerseits und der Zwangs-Vuchführung andererseits. Die Bezugsscheine werden von der Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg auf Antrag und nach Einzahlung einer Gebühr von 10 Pf. pro Doppelzentner ausgestellt, und zwar jeweils für die einzelnen Bezüge oder höchstens für zeitlich beschränkte Lieferungs-schüffe. Für das ganze Jahreskontingent werden Bezugsscheine nicht auf einmal ausgestellt. Die Ausnutzung des Kontingents ist zwar in der Verordnung nicht an eine zeitliche (etwa monatliche) Einteilung gebunden; emer forcierten Ausnutzung ist aber außer durch die natürlichen Schranken auch dadurch entgegengearbeitet, daß die Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg zunächst — bis zur Feststellung der Kontingente, was bei dem außergewöhnlichen Umfang der Arbeit noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird — nur über Zuckermengen, die dem normalen Bedarf der nächsten Zeit im Rahmen des Kontingents entsprechen, Bezugsscheine ausgibt.

Die Zwangs-Vuchführung schreibt nur eine einfache Ueberführung der Bezüge, des Verbrauchs von Zucker und der hergestellten Fabrikate vor; das Schema hierfür ist in der Bekanntmachung vom 30. Dezember 1915 angegeben und kann von jedem Fabrikanten selbst leicht angelegt, allenfalls von Druckereien besorgt werden. Die Einträge erfolgen zweckmäßigerweise jeweils in Wochenabchnitten.

Die „Erklärungen“, welche für die Kontingenzierung die Grundlagen bilden, sind die Formblätter, bei allen deutschen Handels- und Handwerkskammern, bei den Fachvereinen der Konfitürenindustrie und endlich bei der Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg erhältlich. Ausdrücklich sei aber darauf hingewiesen, daß einfache Konditorien (mit reinem Vachtrieb), ferner reine Konserven-, Schokoladen-, Lakritzen-, Marzipanmassen-, Keks-, Waffel- und Gebäck-Fabriken überhaupt nicht unter die Verordnung fallen, also auch keine Erklärungen abgeben müssen. (W. Z. B.)

## Kriegsgewinn.

Die Gertz- und Farbstoffwerke Renner u. Co., Aktiengesellschaft in Hamburg, zahlen für das Geschäftsjahr 1915 eine Dividende von 20 Proz. und aus den Rückstellungen des Geschäftsjahrs 1914 noch eine Zusatzdividende von 9 Proz. Im Vorjahre wurden insgesamt 10 Proz. Dividende verteilt.

Auf die dritte Kriegsanleihe sind in der vergangenen Woche 106,2 Millionen Mark eingezahlt worden. Sämtliche bis zum 15. Januar geleisteten Einzahlungen belaufen sich nunmehr auf 11 734,7 Millionen Mark gleich 96,5 Proz. der Totalanzahlung. Die für die Zwede der dritten Kriegsanleihe von den Darlehnsklassen ausgeliehenen Darlehen sind in der vergangenen Woche um 107,8 Millionen Mark kleiner geworden, und die Summe der von den Darlehnsklassen für die dritte Kriegsanleihe gegebenen Darlehen berechnet sich jetzt auf 577 Millionen Mark.

Walzdraht-Kaufverabredung. Köln, 18. Januar. (W. Z. B.) Die heutigen Verhandlungen der Deutschen Drahtwalzwerke führten zum Zusammenschluß für den gemeinsamen Verkauf von Walzdraht nach dem Ausland. Der Verkauf erfolgt von morgen ab durch die Deutschen Drahtwalzwerke A.-G. Düsseldorf. Der Walzdrahtgrundpreis im Inlande wird von der Konvention in der bisherigen Höhe von 150 M. f. 1000 Kilogramm für Lieferungen im ersten Halbjahr 1916 bis auf weiteres beibehalten.

# Soziales.

## Für Vormünder und Pflegeeltern unehelicher Kriegswaisen.

Die Reichsregierung hat sich mit der erweiterten Reichstagskommission schon im April v. J. dahin geeinigt, daß die unehelichen Kinder bei der Aenderung des Militärhinterbliebenengesetzes dieselbe Kriegswoisantenrente wie die ehelichen erhalten sollen und sie hat sogar verprochen, da diese Gesetzesänderung erst in der ersten Friedenssitzung des Reichstags behandelt werden soll, daß bis dahin die unehelichen Kinder eine freiwillige ausreichende Unterstützung erhalten sollen. Es sind baraus hin von den einzelnen Kriegsministerien auch entsprechende Verfügungen ergangen. Indessen ist für die Vormünder und Pflegeeltern unehelicher Kinder bei dieser Frage die allergrößte Vorsicht zu empfehlen. Nach dem Kriegsunterstützungsgesetz steht den unehelichen Kindern, deren Väter vor dem Feind gefallen, die Kriegsunterstützung bis zu dem Tage zu, wo der Truppenteil, dem der Vater angehört, auf den Friedensfuß zurückgeführt ist oder sie eine Witwenrente erhalten. Da das letztere bislang nicht möglich ist, so müssen sie bis nach Friedensschluß die volle Kriegsunterstützung erhalten. Diesen Anspruch dürfen natürlich die Vertreter des unehelichen Kindes auf keinen Fall aufgeben. In einzelnen Verbänden hat man versucht, den unehelichen Kriegswaisen, wenn sie eine solche freiwillige Unterstützung vom Kriegsministerium erhalten hatten, die Kriegsunterstützung zu entziehen. Das ist nicht nur gegen das Gesetz, sondern auch höchst bedenklich, denn diese Unterstützungen sind oft sehr niedrig bemessen. In einem Fall wurden 60 M. für die gesamte fünfjährige Erziehung gewährt. Bis alle, Reichstag und Regierung, ihr Versprechen für eine Kriegswaisenrente für Uneheliche einlösen, müssen die Vertreter dieser Kinder unbedingt bedacht sein, ihnen die Kriegsunterstützung zu erhalten, die ihnen nicht entzogen werden darf. Da es sich schon heute um mehr als 15 000 uneheliche Kriegswaisen handelt, ist darin ein wesentliches Stück Kindererschutz enthalten. Bei besonderen Schwierigkeiten empfiehlt es sich, nähere Auskunft beim Archiv deutscher Berufsvormünder, Frankfurt a. M., einzubohlen.

## Urlaubsbezahlung bei den Berliner Elektrizitätswerken.

Gestern klagten bei der Kammer 5 des Gewerbegerichts wieder 11 Arbeiter gegen die frühere Direktion der E. G. B. auf Zahlung des Lohnes für die Zeit des Urlaubs, der ihnen im vorigen Jahre wegen Knappheit von Arbeitskräften verweigert worden war. Der Vertreter der Firma beantragte Zusammenlegung der elf Einzelklagen, damit die Berufungsinstanz angesetzt werden könne. Diesen Antrag lehnte das Gericht ab, weil der beklagte Firma in einem früher verhandelten gleichartigen Falle durch Zusammenlegung von drei Einzelklagen Gelegenheit gegeben worden ist, ein Landgerichtsurteil herbeizuführen. In der Sache selbst verurteilte das Gericht, entsprechend seinem in den früheren gleichartigen Fällen eingenommenen Standpunkt, die beklagte Firma zur Zahlung der geforderten Beträge, die sich zwischen 27 und 83 M. bewegten.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt  
7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum.  
(In der Neueinstudierung.)  
Donnerstag: Der Biberpel.  
Kammerspiele.  
8 Uhr: Der Weibsteufel.  
Donnerstag: Der Weibsteufel.  
Vollst. Bühne. Theater a. Bülowl.  
8 1/2 Uhr: Wallenstein's Tod.  
Donnerstag: Hamlet.  
Dir. Meinhard-Bernauer.  
Theater in der Königgrätzerstr.  
7 1/2 Uhr: Gätz v. Berlichingen.  
Komödienhaus  
8 1/2 Uhr: Die rätselhafte Frau.  
Berliner Theat.  
8 Uhr: Wenn zwei Noohzeit machen.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Parnowsky.  
Komödie der Worte.  
Drei Einakter von Artur Schnitzler.  
Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
Die selbige Exzellenz.  
**URANIA Taubenzstr.**  
48/49.  
4 Uhr (halbe Preise):  
Von den Karpaten bis  
Brest-Litowsk.  
8 Uhr:  
Im Kampfe um Konstantinopel.  
Hörspiel 8 Uhr: Dr. W. Berndt:  
Die Ahnenreihe des Menschen.

**Luisen-Theater.**  
4 Uhr: Kindervorst., 20, 30 St. ufm  
Struwpeter.  
Tägl. abends 8 1/2, Sonntags 8 Uhr  
**Bettelstudenten.**  
Sonnt. 3: Frau Bettina u. ihre Söhne.  
**Rose-Theater.**  
8 1/2 Uhr: Hans mein Schöffel.  
Freit.: Gestern noch auf stolz. Rossen.  
**Walhalla-Theater.**  
4 Uhr: Tausend und eine Nacht.  
8 Uhr: Preziosa.

**Circus Busch**  
Tägl. 8 u. Sonnt. u. Sonnt.  
7 1/2 u. 8 Uhr das 'o beliebte  
**Prank-**  
Auss -  
Stück  
Ein  
**Winter-**  
märchen  
Sonder d. großart. Januar-Program.  
u. a.: Hl. Martha Mohrke,  
Schauspieler.  
**Übermalts**  
Sonnab., 22. Januar, nachm. 3 1/2, u.:  
Gr. Sonder-Jugend-Vorstell.  
mit  
Unge- Ein Wintermärchen. Unge-  
fürst. fürst.  
1 Kind frei (außer Gaele)!  
Konz. a. 1 Nachm. tägl. ab 10 Uhr.

**Apollo THEATER**  
Direktion Adolf Vogt  
Telef.: Lützow 1811  
Zu dem bisherigen  
**großen**  
Januar-Spielplan  
noch verschiedene  
**neue**  
Kunstkräfte!  
**14** insgesamt  
**wirkliche**  
Schlager!  
Anfang 8 Uhr.  
Billetverk. 11-1 a. d. Kasse  
sowie Wertheim u. Invalident.

**Unsere Marine Beste 2 Pf. Cigarette Trausfrei!**  
  
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft  
Dresden

**Theater für Mittwoch, den 19. Januar.**  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
7 Uhr: Tannhäuser.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 Uhr: Der pflichtige Kadett. (Donna  
Junnita).  
Gedr. **Herrnfeld.** Theater  
8 Uhr: Sokrates und Perlimutter.  
Kleines Theater.  
8 Uhr: Henriette Jacoby.  
Komische Oper.  
8 Uhr: Jung muß man sein.  
Lustspielhaus.  
8 1/2 Uhr: Alles aus Gefälligkeit.  
Metropol-Theater  
(Maria Theresia).  
8 Uhr: Die Kaiserin

**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: Koheit tanzt Walzer.  
**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: Der Dornenweg.  
Schiller-Th. Charlottenbg  
8 Uhr: Die Hermannschlacht.  
**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: Ritter Bengts Gattin.  
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.  
Theater am Vollendorfpl.  
8 1/2 Uhr: Dr. Klaus.  
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!  
Theater des Westens  
8 Uhr: D. Fräulein v. Ami  
mit Guido Thielscher.  
**Trianon-Theater.**  
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

**WINTERGARTEN**  
Die schöne Komödiantin.  
Operette in 1 Akt  
v. Eugen Burg u. Louis Tafelstein.  
Musik von  
Leo Ascher.  
Tänze von Ferry Sigmund.  
Mitwirkende:  
Eise Berna - Lotte Werkmeister  
v. Thalia Theat. a. O.  
Gustav Matzner - Heinrich Peer  
Julius Spielmann.  
Außerdem:  
**Der erfolgreiche Spielplan!**  
u. a.  
Robert Belling, kom Dressurakt.  
Hun Gunos Chinesentruppe.  
Georg Bauer, Improvisator

**Volgt-Theater.**  
Sadstr. 58. Sadstr. 58  
Rittwoch, den 19. Januar 1916:  
**„Die Gebieterin von St. Tropez.“**  
Schauspiel in 5 Aufzügen  
von August Bourgois.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
**Possen-Theater**  
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.  
**Melonenbaum.**  
Posse mit Gesang v. Theo Halton.  
**Meschuge ist Trumpf**  
Posse i. 2 Akt. v. Leonh. Haskel mit  
Leonh. Haskel u. Siegfried Berisch  
Anfang 8 1/2, Uhr.  
laufen Ball.  
Külingenshandlung.  
Wilhelmsstr. 46/47

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluß:  
**Die von der Emmlen**  
Anfang 8 Uhr.  
Für Militärper-  
sonen vollkomm-  
ener Eintritt zu  
b. Stett. Sängern.

**Casino-Theater**  
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:  
**Neu! Neu! Neu!**  
**Was machte nu?**  
Bosse in 3 Aufzügen von Hans Berg.  
Allabendlich härmlicher Beifall.  
Dazu das erstr. Spezialitätenprog.  
Sonnab. 4 Uhr: Familie Schmalz.

**Palast**  
Tachtelstr. im Zoo  
Anfang 8 Uhr.  
**Wieder-Auftreten**  
Wanda **Treumann**  
**Larsen**  
in „Paragraph 80. Absatz 2“  
von W. Kahn.  
Dazu das neue  
Januar-Programm.

**Admiralspalast**  
**Eis-Arena**  
Großes  
**Eis-Ballett.**  
8 1/2 Uhr.  
Preise 2, 3 und 4 Mark  
Vorzügliche Küche.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin **Direksenstraße 20**  
C.,  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Vollgepäckbüro. — Amt. Kst. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung. \*  
Telef. für alle Krankentouren

  
**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Heute  
**Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist  
Franz v. Blon.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Freitag, den 21. Januar: Gr. Fest-Konzert  
zum Besten des Königl.-Augusta-Garde-Grenadier-Regts. Nr. 4 im Felde.  
Berantw. Redakt.: Alfred Dietrich, Reußhöln. Inzeratenteil verantw. Th. Glöckle, Berlin. Druck u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zensurkritik im Reichstage.

32. Sitzung, Dienstag, den 18. Januar 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Helfferich.

Zunächst werden eine Reihe von Petitionen als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages auf

Vertagung des Reichstages

bis zum 15. März 1916.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Vom 15. März bis zum 1. April bleiben uns nur 14 Tage übrig. Ich halte es für ganz unmöglich, daß wir in dieser Zeit den Etat, der bekanntlich noch mit neuen Steuern belastet sein soll, gründlich beraten können.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Es soll auch in Friedenszeiten vorkommen, daß der Etat nicht immer bis zum 1. April fertig wird. (Hellerkeit.) Wir haben uns in solchen Fällen mit einem sogenannten Notgesetz bedürfen und werden in diesem Falle ebenso verfahren, wenn es nicht möglich sein sollte, den Etat für 1916/17 rechtzeitig bis zum 1. April fertig zu stellen.

Abg. Veffermann (natl.):

Auch ich bin der Meinung, daß, wenn der Reichstag erst am 15. März zusammentritt, es leicht für den Fall, daß die Budgetkommission vielleicht eine Woche vorher einberufen wird, nicht möglich sein wird, den Etat einschließlich der Steuervorlagen bis zum 1. April zu verabschieden.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der einzig durchschlagende Grund für die lange Vertagung ist, daß die Regierung nicht in der Lage ist, die erforderlichen Vorlagen früher fertig zu stellen.

Staatssekretär Helfferich:

Daß längere Zeit zur Fertigstellung der Steuervorlagen notwendig sein wird, habe ich als bekannt vorausgesetzt. Derartige Vorlagen bedürfen natürlich eingehender Ueberlegung.

Abg. Dr. Spahn

schließt sich dem Wunsche an, daß die Budgetkommission bereits am 7. März zusammentritt.

Abg. Dr. Dertel (f.):

Auch ich kann mich diesem Wunsche anschließen, hege allerdings nach den bisherigen Erfahrungen wenig Hoffnung, daß die Debatten im Plenum dadurch wesentlich abgekürzt werden.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich bin mit dem Ergebnis der Aussprache zufrieden und stelle fest, daß das ganze Haus genügend Zeit zur Beratung des Etats haben will und daß wir uns darüber klar sind, daß es ohne Notgesetz nicht gehen wird.

Der Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 15. März wird hierauf angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolutionen der Kommission betreffend die

Handhabung der Zensur.

Die Kommission ersucht den Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen a) daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beschränken;

Warnung an den Verlag vorausgehen muß: 1) daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen darf und ferner, daß Fragen der inneren Politik, der Handelspolitik und der Steuerpolitik der Zensur nicht unterworfen werden.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) und Genossen erucht den Reichskanzler dahin zu wirken, daß der Belagerungszustand aufgehoben und insbesondere die Freiheit der Presse wiederhergestellt wird.

Abg. Dittmann (Soz.):

Das Symbol, unter dem wir jetzt in die Beratungen eintreten müssen, ist der Maulkorb, ein Maulkorb für den deutschen Reichstag. Hier ist der Beweis! (Medner zeigt dem Hause einen Reichstagsbericht des „Volksblatts für Halle“, aus dem die Zensur verschiedene Stellen gestrichen hat.)

Ich frage Montag bei dem Zensur telephonisch an, ob diese Streichung im Reichstagsbericht etwa mißverstanden sei. Darauf erwiderte mir der Polizeikommissar Hedring: „Nein, ich habe sogar telegraphische Nachricht aus Berlin, die Streichungen bleiben bestehen.“

„Am Tage nach dem Erscheinen des Reichstagsberichtes mit den weißen Stellen teilte uns der Zensur telephonisch mit: „Sie haben nur die Erlaubnis, ganz kleine unauffällige Stellen weiß zu lassen: die beiden weißgelassenen Stellen im gestrigen Parlamentsbericht sind viel zu groß.“

Da haben Sie die Zensur in Reinkultur, wie sie lebt und leidet, wie sie tagtäglich bei uns in Deutschland wütet gegen das freie Wort, da haben Sie den schlagenden Beweis dafür, was unsere Gewalthaber im Lande auf Geheiß und Befehl herumschreien.

Vizepräsident Dove:

Das dürfen Sie nicht sagen, diese Ausdrücke sind nicht zulässig.

Abg. Dittmann:

Ich glaube, daß man im Deutschen Reichstag deutsch reden könnte. (Vizepräsident Dove verbittet sich jede Kritik seiner Geschäftsführung.)

In den Zeiten der Kriegszeit sind oft den Völkern goldene Berge versprochen worden und später wurden die Versprechungen nicht eingelöst. Soll es wieder so gehen? Fast scheint es so. Was hat man uns nicht alles im Laufe der Kriegszeit versprochen? Bei Kriegsbeginn versicherte der Kaiser, er lenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Im Dezember 1914 sagte der Reichskanzler, wie vor einer Jahrtausend sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir aufgerichtet hatten in Mißverstand, Mißgunst und Mißtrauen.

Willkürherrschaft und schrankenlose Diktatur

getreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Zustände sind nicht etwa die Folge einer Reihe von Mißgriffen, sondern die Folge des ganzen Systems. Das militärische Denken und Fühlen kennt eben nur Befehle und Gehorchen. Was haben die Generalkommandos aus dem Kaiserwort über die Parteien und aus dem Burgfrieden gemacht. Nach ihrer Auffassung haben die Parteien überhaupt keine Existenzberechtigung mehr.

politischen Zensur

geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt ist jedes Gebiet des öffentlichen Lebens Politik, Wirtschaft, Kunst,

Wissenschaft, Literatur, bürgerliches Leben, alles was ist, in den Bereich der Zensur gezogen, die dort herumwirtschaftet wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Selbst die Konserwativen klagen über die Zensur, doch dürfte auf jedes Dutzend Fälle, in denen sie darunter zu leiden haben, Hunderte von Fällen bei uns kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterklasse kann ihre Interessen nur in vollster Öffentlichkeit vertreten, sie braucht also Presse und Versammlungsfreiheit.

Dienerin des Unternehmertums

ansehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die rechtzeitige und rücksichtslose Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wurde in einer ganzen Anzahl von Korpsbezirken von der Zensur einfach unterdrückt. Erst als die Preissteigerung und Erbitterung zu groß geworden war, wurde etwas Kritik des Wuchers gestattet, zunächst aber nur für die bürgerliche Presse. Der sozialdemokratischen, die unter Vorgesetzter stand, wurde nicht einmal der Nachdruck solcher kritischen Artikel erlaubt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Kritik der absolut unzulänglichen Regierungsmassnahmen ließ die Zensur überhaupt nicht zu. Erst allmählich trat ein Wandel ein, aber als es zu spät war, und der Wucher längst alles Maß überschritten hatte.

der „Vorwärts“

wurde unter Vorgesetzter wegen des Abdrucks gestellt. Und bei der Aufhebung der Vorgesetzter wurde eröffnet, wenn die Redaktion auch weiter nicht beabsichtigt, ob von solchen Artikeln eine Störung des Burgfriedens eine unerwünschte Wirkung auf das Ausland zu besorgen ist, so wäre das Oberkommando erneut verpflichtet, die Vorgesetzter über den „Vorwärts“ zu verhängen. Aber verschiedene Zensurereaktionen in anderen Korpsbezirken waren auch so „beschränkt“, in dem Aufsatze des Parteivorstandes keinen Verstoß gegen den Burgfrieden zu sehen, darunter auch Riche, v. Gaul in Münster, in dessen Bezirk fast alle sozialdemokratischen Blätter unter Vorgesetzter stehen. Die Zensur arbeitet auch positiv. Sie schreibt vor, daß bestimmte Artikel gedruckt werden sollen. Sie ist dabei

Handlangerin der politischen Polizei.

Schon bei Kriegsbeginn hat der preussische Minister des Innern den Versuch gemacht, die ganze Presse des Landes zu bearbeiten. An seinem Erlaß an die Landräte bezüglich der „Neuen Korrespondenz“ sagt er, die mit einem Stern versehenen Artikel müssen in allen Zeitungen ihres Kreises abgedruckt werden, und macht die Landräte persönlich hierfür verantwortlich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So hat man die Zeitungen zum Abdruck aus der „Norddeutschen Allgemeinen“ ja sogar zum Abdruck von Artikeln aus der „Täglichsten Rundschau“ gezwungen. Ein zweiter Erlaß des preussischen Polizeiministers vom April 1915 stellte der Kreispresse einen Korrespondenzapparat mit fertigen Blättern zur Verfügung, der nach dem Kriege bei den kommenden Wahlen in Wirksamkeit treten soll. Unter Druck des Burgfriedens trifft die preussische Regierung in aller Stille und Heimlichkeit die raffiniertesten Vorkehrungen dafür, daß die kommenden Wahlen in ihrem Sinne ausfallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die der Kampf von den Schlingeln der Regierung geführt werden wird, zeigt der Brief des Landrats a. D. von Sonin an seine Wähler, worin er fragt, ob nach dem Krieg der Zukunftsstaat mit jüdischer Spitze ausgerüstet werden soll und die Sozialdemokratie ein Produkt von Angst und Heuchelei nennt. Dieser hebliche und „Burgfriedens“ Ton eröffnet die herrlichsten Aussichten für die kommenden Wahlen und die Neuorientierung nach dem Krieg. Die ganze Verwerflichkeit und Unartigkeit solches Vorgehens erhebt erst daraus, daß man es der Presse gleichzeitig verbietet, die Quelle dieser aufgezogenen Artikel anzugeben. Das ist der ungeheuerlichste Gewissenszwang, die politische Immoralität in höchster Potenz.

Vizepräsident Dove erklärt den Ausdruck für unparlamentarisch und bittet den Redner, sich in parlamentarisch zulässigen Grenzen zu halten.

Abg. Dittmann (fortfahrend):

Die Zensur will Freund und Feind veräuseln, daß sie überhaupt nicht da ist. In diesem Wahnsinn liegt Methode. Man soll im In- und Ausland glauben, daß es in Deutschland überhaupt keine Zensur gebe, daß die Zeitungen samt und sonders freiwilleg Regierungsmassnahmen seien. Dabei gibt es Korpsbezirke, in denen die Zensur bis zur letzten Angelegenheit angelegt wird. Von der Oberzensurstelle wird sogar ein Zensurlisten herausgegeben. In bestimmten Korpsbezirk wird jede Stelle unterdrückt, die auf das Bestehen der Zensur hinweist. Freilich schafft man damit nur eine geistige Atmosphäre, in der die uninnigsten und lächerlichsten Gerüchte geglaubt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch das gesprochene Wort, die Freiheit der Rede wird verletzt. Man verlangt von den Rednern die vorherige Vertagung des Wortlauts der Reden, Vorstandssitzungen politischer und gewerblicher Vereine, Betriebszusammenkünfte sogar sind verboten worden. Ein Reichstagsabgeordneter durfte über die Anwesenheit des Reichstages nicht Bericht erstatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem Kollegen Antrich wurde unter Strafandrohung verboten, irgendwie mitzuteilen, daß er seine Reden vorher vorlesen müsse. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerbötlich!) Dem Landtagsabgeordneten Braun wurde in Königsberg über die Lebensmittelsteuerung zu sprechen nur unter der Bedingung erlaubt, daß der Vortrag sich nur auf wirtschaftliche Fragen erfordere, jedes Abweichen auf das politische Gebiet und Angriffe auf die Regierung seien unzulässig. Ein Abgeordneter muß selbstverständlich in händiger Fäulung mit seinen Wählern bleiben, wenn er seine Pflicht erfüllen will, muß er ihnen Rechenschaft über sein Verhalten geben. Die Militärbehörden verbieten aber derartige Versammlungen. In Elsfleth-Lothringen hat der Gouverneur von Straßburg sogar die Tagung des Landtages von dem Verzicht auf politische Erörterungen abhängig gemacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Empörend sind auch die vielen Eingriffe in die persönliche Freiheit. In Düsseldorf, in Reutheide, in Duisburg haben 50 bis 60 unserer Parteigenossen Schreiben des Generalkommandos bekommen, daß ihnen überhaupt jedes Reden in Versammlungen verboten sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und zwar

weil sie eine Eingabe an unseren Parteivorstand mit unterzeichnet hatten. (Erneutes Hörl! hört!) Bisher die Einmischung in unsere internen Parteianglegenheiten geht, dafür ein Beispiel: in einem Ort bei Solingen wurde ein zum Abgeordneten gewählter Stadtverordneter vom Landrat schriftlich gefragt, ob er zur Weiblichkeit oder Minderheit unserer Partei gehöre. (Lebhafte Hörl! hört!)

Schlimmer noch als das Redeverbot ist die durch keinerlei Befehl gerechtfertigte

#### militärische Schuchhaft.

Jede misliebige Person wird einfach in Haft gesetzt und während jedem Raubmörder von Amts wegen ein Anwalt gestellt wird, verwehrt man den in militärische Schuchhaft Gestalteten zum Teil mit ihnen Verteidigern zu sprechen. (Lebhafte Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei sind manche Inhaftierten das Opfer schäbiger und schmutziger Denunziation. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und ohne jeden rechtlichen Schutz läßt man sie wochen- und monatelang in Haft sitzen. In einer Anzahl von Fällen hat man die Inhaftierten einfach in's Meer gesteckt, selbst wenn man sie kurz vorher für untauglich erklärt hatte. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Oder man hat sie aus ihrem Wohnort ausgewiesen. In Düsseldorf wurden zwei unserer Parteigenossen vom Landgericht zu Gefängnis verurteilt und bei der Urteilsvollstreckung der Haftbefehl ausdrücklich aufgehoben. Auf Befehl des Generalkommandos wurden die Frei gelassenen sofort aufs neue verhaftet und in militärische Schuchhaft genommen. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht ein Dohn auf Recht und Gerechtigkeit? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Karlsruhe hat man Parteigenossen, die das

die wahre Stimme des Volkes sei. Diefem verderblichen Irwahn geht es zu geraden. Deshalb muß die Bahn freigemacht werden für die Erörterung der Kriegsziele. Dann werden die Herren Annerzionisten ihr blaues Wunder erleben.

Das deutsche Volk will einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarn ermöglicht, und weiß die Gemeinschaft mit den wildesten Eroberungsplänen zurück. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ein schwacher Hoffnungsstrahl, daß der Friede nicht allzu fern sei: leuchtet aus dem Nebel des Morgenlichts herüber.

#### Die Zeit ist überreif für den Frieden.

aber wo ist der Staatsmann, der den Mut hat, das erste Wort zu sprechen. Deshalb muß das Volk selber es tun. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus der öffentlichen Diskussion wird immer und immer wieder das Bekenntnis zu dem Grundsatze herausgelassen: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu. Das wird ein lautes Echo auch jenseits der Grenzen werden denn überall wünschen die Völker den Frieden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber ihre Meinungsbildung ist überall beschränkt, am wenigsten freilich in England und Frankreich. Aber hat denn die Vergewaltigung der eigenen Völker den Regierungen etwas genützt, hat Deutschland speziell verhindern können, daß falsche Vorstellungen über uns verbreitet sind? Dann ganz Deutschland über Nacht die Sprache verlore und das Schreien verlornt — wer uns im Ausland vernehmen will, wird es trotzdem tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Ausland ist auch gar nicht auf die Artikel der Presse angewiesen sondern wird durch Spionage und Mitteilungen aus neutralen Ländern weit besser informiert.

#### Das gegenseitige Bluffen und Blinderstapeln

unter dem Zwang der Zensur ist daher eine Torheit, ein Wahnsinn und ein Verbrechen an der Menschheit. Wenn dies verbrecherische Spiel aufhört, wird sich eine verblüffende Uebereinstimmung der Völker in den Grundforderungen für den Frieden zeigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Land, das als das erste seinem Volk die Hinde von den Augen und den Knebel aus dem Munde nimmt, erhöht seinen moralischen Kredit im In- und Auslande. Die Reichsregierung, die uns ausgedehnt mit schönen Worten der Einmütigkeit versichert, hätte das größte Interesse und die Pflicht, den Belagerungszustand aufzuheben. Die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für seine Aufrechterhaltung liegen längst nicht mehr vor, denn nur in dem Feinde bedrohten und teilweise besetzten Gebieten ist er aufrechtzuerhalten. Seine Aufrechterhaltung im ganzen Reich ist verfassungswidrig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zum Schutz der militärischen Interessen genügen die Besetze. Und wäre das nicht der Fall, so müßte die Regierung eine neue Gesetzesvorlage schaffen, nicht aber gesetz- und verfassungswidrig ein

#### Militärregiment nach russischem Muster

oder eine künftige Volkswirtschaft aufrechterhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Entweder ist die Regierung ohnmächtig der Militärdiktatur gegenüber oder sie bemüht sich im Gegenzug zu ihren feierlichen Erklärungen und will die Kriegszeit mißbrauchen, ein durch und durch reaktionäres Regiment einzuführen und im Frieden fortzuführen. Sollen wir noch dem Krieg denselben Kampf für unsere staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten kämpfen, den unsere Väter vor hundert Jahren führen mußten? Wir Sozialdemokraten sind bereit dazu und wissen, daß wir letzten Endes die Sieger sein werden. Aber die inneren Kämpfe werden dann Formen annehmen, vor denen alles verblüht, was die Geschichte überhaupt kennt. Wir wollen den bürgerlichen Rechtsboden nicht von der Militärdiktatur in Scherben schlagen lassen, wir wollen ihn wiederhergestellt sehen, um auf ihm als einer geschichtlichen Durcharnastufe weiterbauen zu können. Deshalb verlangen wir die Aufhebung des Belagerungszustandes. Das geistige und öffentliche Leben Deutschlands muß befreit werden von dem alten **Militärdespotismus**. Darum: fort mit dem Belagerungszustand und freie Bahn dem freien Wort in Schrift und Rede! (Lebhafte Bravo! und Handclatschen bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Gerßenberger (3.)

Nicht nur die sozialdemokratische Presse leidet unter der Zensur. Auch die „Königliche Volkszeitung“ könnte manches Lied singen von der Aufmerksamkeit, die ihr die Zensur widmet. Vor allem muß die Ungleichheit in der Handhabung der Zensur beklagt werden. Manche Zeitungen haben sich in die Redaktionsstätigkeit in der Weise eingemischt, daß sie den Stil vorschreiben wollen. Die Präventivzensur will vielfach nicht dulden, daß die Zeitung mit weichen Stellen erscheint, sie schämt sich ihrer Tätigkeit. Das Verbot einer Zeitung trifft nicht nur diese, es ist zugleich eine Rücksichtslosigkeit gegen die Geschäftsleute, die ihre Interesse angeht haben, und vor allem gegen die Leser. Und dann wird einer Zeitung auch noch verboten, den Grund des Verbotes mitzuteilen, ja sogar die Tatsache des Verbotes! (Hörl! hört!) In diesem Kriege, sagt man, ist auch nach der Beendigung der Mobilisierung die Zensur nötig, weil wir verschiedene Kriegszustände haben und beständige Truppenbewegungen stattfinden. Dann sollte man alle Zeitungen auf vier Wochen verbieten, aber in allen kriegführenden Ländern. (Weiterkeit.) Man sollte bei den maßgebenden Behörden mehr Verständnis und mehr Achtung vor der Presse haben. Dann wird sich auch ein Weg zum Burgfrieden finden. (Beifall im Zentrum.)

#### Abg. Fischek (Sp.):

Einfach mit einem Federstrich den Belagerungszustand aufheben, wie der sozialdemokratische Antrag will, geht nicht an. Aber in gewissem Umfang muß das bürgerliche Rechtsleben wiederhergestellt werden. Mißgriffe der Zensur konnte man im März vorigen Jahres noch für vereinzelte Vorurtheile halten; aber das geht jetzt nicht mehr an. An harmlosesten ist es noch, wenn man über die Maßnahmen lachen kann, zum Beispiel, wenn der Zensur Zitate aus Klaffern unredigiert. Entweder ist es schon, wenn ein Zensur verbietet, daß ein Mann in der Zeitung angegriffen werde, dann ihm sei das Eiserne Kreuz verliehen worden. (Weiterkeit.) Am schlimmsten ist es, wenn der Zensur sich vollständig als Redakteur aufspielt. Besonders schlimm ist, daß die Zensur auch ungleichmäßig und ungerichtet vorgeht, zum Beispiel, wenn das Nachdrucken schon zensurierter Blätter nicht ohne erneute Zensur gestattet wird. Ungerecht ist auch, daß die Präventivzensur in Süddeutschland für die Inappresse aufrechterhalten wird. Große Ungleichheit besteht vor allem in der Gestattung der Erörterung der Kriegsziele. Wir sind noch wie vor der Meinung, daß eine Erörterung der Kriegsziele im einzelnen nicht am Platze ist, solange noch große Entscheidungsfragen nach Meinung unserer Gegner bestehen. Jedemfalls muß aber eine gerechte gleichmäßige Handhabung der Zensur in dieser Frage Platz greifen. Unerhört sind die Verbote von Zeitungen wegen kleiner Versehen. Man macht sich offenbar gar keinen Begriff davon, wie weitgehende materielle Schädigungen ein solches Verbot für viele Kreise zur Folge hat. Das Verbot eines bestimmten Berliner Blattes vor einiger Zeit hat gerade im Gegensaß zu dem Zweck, den die Zensur doch erreichen soll, gerade die wildesten Gerüchte über die mutmaßlichen Gründe des Verbots herbeigeführt. Es muß gefordert werden, daß eine verantwortliche Stelle Sicherheit in diese Verhältnisse bringt. Sogar das Krieggeheimnis wird von der Militärbehörde gebrochen, angeblich, um einer etwanigen Spionage entgegenzutreten. Ganz zu entbehren wird die Zensur im Interesse der Sicherheit des Reiches nicht sein, aber wir verlangen Abstellung der Mißgriffe. Einzelne Zensuren scheinen der Meinung zu sein, daß auf innerpolitischem Gebiet die Ruhe des Reiches das Beste sei. Selbst zur Sozialministerin von Privatinteressen macht sich die Zensur, wenn sie zum Beispiel Meinungsverschiedenheiten über Danzowweise und ähnliches zu eröffnen verbietet. Mit dem Deutschland ein solches Kräftewort, daß die Bekämpfung solcher Dinge der Sicherheit des Reiches schaden könnte. Selbst große Kommanden werden unter Zensur gestellt. Dem Berliner Magistrat, der sich im Interesse der Kohlenversorgung seiner städtischen Instanzen gegen Preiskämpfe vertheidigen wollte, wurde durch einen jungen Leutnant eröffnet, daß

seine Äußerungen der Zensur vorzuliegen seien. (Hörl! hört!) Auch alle Erörterungen über den Zweckverband im Anschluß an die Neben des Stadtverordnetenversammlung sind verboten worden. Es hat den Anschein, als wenn Leute in untergeordneter Stellung, die sonst gegen die geordneten Rechtsinstitute des Staates ihren Willen nicht durchsetzen konnten, jetzt die Zeit gekommen glauben, die Welt nach ihrem Willen zu gestalten. Aber dazu ist die Zensur nicht da. Dazu ist auch das Gesetz über den Belagerungszustand nicht gemacht worden. (Sehr richtig!) Wir müssen uns dagegen wehren, daß mit den Waffen, die der Willkür der Hand gegeben sind, einseitige Interessentpolitik betrieben wird. Alle diese Vorgänge stehen in kräftem Widerspruch zu dem, was in der preussischen Thronrede versprochen worden ist. (Sehr richtig!) Wir hoffen, daß die Stimmen, die sich dem gegenseitigen Erkennen entgegensetzen wollen, bei unserer Regierung kein Gehör finden, daß dem Willen und Geiste des deutschen Volkes auf seinem Wege zu einer besseren Zukunft keine Hemmnisse in den Weg gelegt werden. (Lebhafte Beifall.)

#### Abg. Strefemann (natl.):

Ich kann dem Vordrcker in der Beurteilung der Hebergriffe der Zensur nur zustimmen. Das sollte auf diesem Gebiete ist die Annahme, die sich einzelne Herren herausnehmen, sogar unsere Verhandlungen unter ihre Zensur zu nehmen. Wir hören auf, ein anständigwertes Parlament zu sein, wenn wir zulassen, daß das, was hier von der einzigen Tribüne, von der man noch frei sprechen kann, gesagt wird, nun auch noch unter die Auffassung eines einzelnen Oberkommandos gestellt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Das müssen wir uns verbitten und müssen den Reichszankler erüchen, seinen Einfluß geltend zu machen, um derartige Dinge zu unterbinden, die uns im Auslande viel mehr schaden, als es uns schaden könnte, wenn hier die schärfsten Ausführungen gemacht würden. (Erneute lebhaft Zustimmung.) Gerade wenn wir es nicht für richtig halten, völlig den Belagerungszustand aufzuheben, müssen wir um so mehr davor geschützt sein, daß dieser Zustand nicht zu Entscheidungen führt, wie sie hier mit vollem Recht kritisiert worden sind. (Sehr richtig!) So hat sich den Begriff des Burgfriedens in den großen Tagen des 4. August niemand von uns gedacht, daß nur alle großen sozialen, politischen, wirtschaftlichen grundsätzlichen Gegensätze aufgelöst werden sollten. Unter dem Burgfrieden verstehe ich die gegenseitige Achtung der Parteien. Die Auffassung, daß jeder dem anderen zugestehen, daß er das Vaterland ebenso liebt, daß er es groß und in der Welt geachtet sehen will und daß nur die Wege verschieden sind, auf denen man dieses Ziel erreichen will. Dieser Weltkrieg ist überhaupt nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. (Sehr richtig! links.) In dieser Beziehung ist uns England der Lehrmeister gewesen. Man hat uns fast nur die günstigen Stimmen aus dem Ausland übermittelt. Unsere Staatsmänner verstehen es offenbar gar nicht, die öffentliche Meinung als Aktivposten für sich wirken zu lassen. Wir leben nun einmal in einem demokratischen Zeitalter. Auf Amerika z. B. würde es sicher viel größeren Eindruck machen, wenn man sagen könnte: das deutsche Volk verbittet sich diese Sprache, als wenn das der Botschafter im Namen der Regierung tut. — Wir müssen die Grundausfassung des Volkes von der Sicherheit des Sieges und der Möglichkeit, sich frei zu entfalten in einem größeren Deutschland, aufrechterhalten. (Sehr gut! links.) Die Erörterung über die großen wirtschaftlichen Fragen, über die Steuerfragen muß freigegeben werden. Wir können beschließen, solange die Erörterungen über die Steuerborlagen im Parlament auszufragen, bis derartige unzulässige Eingriffe der Zensur wie das Verbot der Erörterung der Steuerfragen unterbleiben. (Sehr gut! links.) Auch das große Problem der Erneuerung unserer Handelspolitik muß frei erörtert werden können. Auch auf dem Gebiete der äußeren Politik muß freieste Aussprache möglich sein. Die Entscheidung dieses Weltkrieges kann nicht allein bei der Diplomatie liegen, hier muß das deutsche Volk gehört werden.

#### Abg. Dr. Hertel (k.):

Mit dem Belagerungszustand müssen wir uns abfinden, seine völlige Aufhebung wäre doch zu gefährlich! Nach den Uebertretungen des Abg. Dittmann müßte man den Eindruck gewinnen, als ob unsere stellvertretenden kommandierenden Generale vollkommen weltfremde Leute wären, ohne genügendes Verantwortungsgefühl. Einzelne Maßnahmen der kommandierenden Generale sind dort aber sehr erfreulich gewesen, z. B. die Erlasse gegen die Verwahrlosung der Jugend, gegen die Schandstrafen und Ähnliche. Was die sogenannte Prezensur anlangt, so empfinde ich persönlich sie ebenso unangenehm und schwer wie Sie auf der äußeren Linie. Die Deutsche Lage seit 1914 ist zweimal verboten gewesen und hat längere Zeit unter Zensur gestanden. Wir werden den Tag segnen, so die Prezensur wieder verkindel, aber jetzt ist der Tag noch nicht gekommen. Die Einseitigkeit der Zensurhandhabung ist noch lange nicht erreicht. Es ist doch ein Irrtum, daß z. B. in Frankfurt gedruckt werden kann, was in Berlin verboten ist. Die Zensur soll bestimmt sein, den Burgfrieden zu wahren. Aber ich stimme dem Vordrcker bei, der Burgfrieden darf kein Kirchhofsfrieden sein. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir gerade über das nicht schreiben dürfen, was das deutsche Volk am tiefsten bewegt. (Sehr richtig! rechts.) Die Freigabe der Erörterung über die Kriegsziele ist uns zu „gebodener Zeit“ versprochen worden. Das war vor dreipiertel Jahren. Warten wir noch länger, dann ist die Zeit nicht „gebodener“, sondern fortgeschwommen. Ist das wirklich so gefährlich, wenn wir offen sagen

unsere Grenzen im Osten und Westen genügen nicht,

sie müssen aus strategischen Gründen weiter gesteckt werden. Sollen wir verschweigen, daß die Herausgabe von Aurland für das deutsche Empfinden völlig unverständlich wäre. (Bravo! rechts.) Meine Freunde wünschen ohne Ausnahme die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele wenigstens im allgemeinen. Sollte dadurch, wie Herr Dittmann meinte, die Verständigung mit den anderen Ländern erschwert werden, so ist das für mich eine spätere Sorge. Diese Versöhnungssehnsucht ist unangebrachte Sentimentalität. Die Verständigung wird um so leichter kommen, je weniger wir sie suchen. Wenn wir mit größter Kraft und wenn es sein muß, Rücksichtslosigkeit den Krieg durchführen bis zur Niederringung unserer Gegner, so wird die Verständigung von selbst kommen. Unser letztes Kriegsziel ist die Erreichung des weltgeschichtlichen Zieles, das ein Höheres gerade dem deutschen Volke gesetzt hat. Ein Volk, das seine weltgeschichtliche Aufgabe in einer solchen Zeit wie der unsrigen nicht begreift und zu erfüllen trachtet, ist dem Gerichte der Weltgeschichte verfallen. (Lebhafte Bravo! rechts.)

#### Abg. Merzin (Sp.):

verteidigt den Loeblischen Erlass und bringt des weiteren einzelne Beschwerden gegen ungerechte Handhabung der Zensur vor. Es läuft ein Antrag Dr. Blah (Sp.), Wasser mann (natl.) ein, den Reichszankler zu erüchen, dem Reichstage bei Beginn des nächsten Sitzungsdahnschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Abg. Dr. Spahn (3.) bittet die Antragsteller, einen so wichtigen Antrag nicht ohne Kommissionsberatung zur Abstimmung zu stellen.

#### Abg. Heine (Soz.):

Es hat sich heute eine so erfreuliche, fast allgemeine Einigkeit in der Beurteilung gewisser Erscheinungen, die sich aus dem Belagerungszustand ergeben, gezeigt, wie wir sie nur neulich bei der Beurteilung der Ränder des „Vorarlberg“ gefunden haben. Wenn man sich nicht auf den Standpunkt einer ganz willkürlichen Auslegung des Artikels 68 der Verfassung stellt, so ist es unmöglich, den Belagerungszustand über die familiären inneren Teile des Reichs und in dieser Zeit sowie seine Ausdehnung in dieser Weise juristisch zu rechtfertigen. Sie bleibt ein Mißbrauch des Gesetzes,

verbreitet haben sollen, verhaftet und will wegen Landesbetrats gegen sie prozessieren; der kommandierende General in Stuttgart verbot jede Mitteilung hierüber in der Presse und dabei entschlopfte ihm das Bekenntnis, daß das ganze Verfahren nur den Zweck habe, vorzeitige Friedensbestrebungen zu unterdrücken. (Lebhafte Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auch vor Aunft und Wissenschaft macht die Diktatur nicht halt. Am Deutschen Theater in Berlin sind sechs Stücke Stenheims verboten worden, der im letzten Jahre durch den Fontanapreis geehrt wurde. Der schlimmste Mißbrauch darf aufgeführt werden, besonders wenn er im pseudopatriotischen Gewand auftritt. In Münster wurde Dalhes „Jugend“ verboten, in Magdeburg die „Mona Lisa“, in Köln „Der Weibsteufel“. Der Ver Heinge-Geist scheint die Zensur zu inspirieren. Was aber haben die Fragen der Aunft überhaupt mit der Landesverteidigung zu tun? Ebenfalls die Verordnungen der Kommandos über den Verkauf von Tabak und Spirituosen an Jugendliche. Alles das läuft darauf hinaus, nach russischem Muster auf administrativem Wege die Parlamente aufzuschalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auf Anordnung der Reichsregierung ist die Erörterung der

#### Kriegsziele

verboten. Bei der Durchführung dieses Verbotes zeigt sich drohtisch, wie die Militärmachtüber es für selbstverständlich halten, daß das im Kriege eroberte Land festgehalten und annektiert wird. Wer anderer Meinung ist, dem fehlt nach der Ansicht der Gewalthaber die vaterländische Gesinnung. Und diese Leute üben die Zensur aus! Da ist eine Unparteilichkeit auch bei jedem subjektiven Willen nicht möglich. Als wir in Solingen einmal schrieben, es ist doch wohl anzunehmen, daß die Regierung die Sachlage etwas vernünftiger beurteilt als die extremen Vertreter der Aldeutschen, da wurde dieser Satz gestrichen. Es durfte also die Meinung nicht aufgenommen, die Regierung könne vernünftiger sein als die Verdrächter der Aldeutschen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Im 7. Korpsbezirk fungiert sogar ein Hyperanektionist als Berichter, der selbst in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ Artikel für Annetionen veröffentlicht, der nationalliberale Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Krämer. Ueber die Aufhebung des sozialdemokratischen Parteiverbotes verlangte er Berichte zur Vorprüfung eingehend, gegen die Veröffentlichung der Beschlüsse des gleichzeitig tagenden nationalliberalen Zentralvorstandes verhängte er denselben Hausstrafe nicht nur nicht, sondern wirkte an dem Beschlusse dieses Vorstandes mit, der Annetionen im Osten und Westen und über See fordert. Der Beschlus des sozialdemokratischen Parteiaususses durfte erst eine Woche später und nur in verhältnismäßiger Form gebracht werden, es wurde der Satz gestrichen: „Im Interesse des deutschen Volkes wie auch vom Standpunkte der Gerechtigkeit halten wir die Wiederherstellung Belgiens für geboten.“

Die Annetionisten erfreuen sich der weitgehenden Duldung,

#### die Annetionisten erfreuen sich der weitgehenden Duldung,

die Vertreter des Gedanken der Völkerverhandlung werden als halbe Landesbeträter behandelt. Auch bürgerliche Friedensfrunde werden so behandelt, Sozialisten und Pazifisten, das sind die „Hfien“, die ein Dorn im Auge des Generalkommandos sind. Alle Veröffentlichungen des Bundes „Neues Vaterland“ werden in Münster verboten, aber von der Annetionspresse kann er ruhig gedruckt werden. Auf eine Beschwerde des Bundes antwortete Reichser von Wohl, die betreffenden Artikel seien im vaterländischen Sinne geschrieben und keine Verletzung des Burgfriedens. (Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben also immer noch die alte Einteilung in Vaterpatrioten, die alles dürfen, und vaterlandslose Gesellen, denen alles verboten ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Generalkommando in Stuttgart hat die Zeitschrift „Der Völkerfriede“ verboten, weil weltbürgerliche Friedensbestrebungen in Deutschland schädlich seien. Besonders bedenklich ist es, heißt es in der Begründung des Verbotes, daß die Bewegung neuerdings mit scharf international gerichteten sozialistischen Gruppen aller Länder Fühlung zu nehmen sucht, das grenzt an Landesverrat.

#### Als Friede ohne Annetion ist Landesverrat.

(Hörl! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Generalkommando in Gassel sagt: Die meisten Pazifisten scheinen nicht zu erkennen, daß ihre Handlungsweise an Landesverrat grenzt. In dasselbe Dorn löst das bayerische Kriegsministerium. So fallen Opfer über Opfer auf dem Felde deutschen Geisteslebens und deutscher Kultur. (Lebhafte Zustimmung b. d. Sozialdemokraten.) Wenn es so weiter geht, kommen wir zurück zu den Zeiten der heiligen Allianz mit ihrer Annetion des Geisteslebens und aller freireichlichen Regungen des Volkes. Ist das das Ziel, für das das deutsche Volk die unerhörten Opfer bringt? Und wo steht geschrieben, daß die militärische Gewalt unfehlbar angibt, was dem Wohle des Volkes frommt. Hat nicht Bismarck 1836 gerade mit den hohen Militärs den allerhöchsten Konflikt gehabt. Der deutsche Staatsmann, der damals deutsche Zukunftspolitik treiben wollte, geriet in Konflikt mit den deutschen Militärs, die ihren Rechtsgefühlen folgen wollten. Bismarck wurde vorgeworfen, die Feder des Diplomaten wolle verderben, was das Schwert gewonnen habe. Man verspottete ihn als einen Duestenberg und hönnte über seinen sarken und schmachvollen Frieden, die Generale spuckten vor ihm aus, um ihm ihre Verachtung zu bezeligen. Er stand schließlich doch, weil der Kronprinz auf seine Seite trat. Nicht jede Zeit hat Kruppungen, die für Wählung sind. (Weiterkeit.) Aber überlegen Sie sich, welche Analogie dieses Beispiel aufdrängt. (Sehr gut! b. d. Sozialdemokraten.) Wie würde Bismarck von unseren heutigen Zensoren und Generälen behandelt werden, auch heute löst diese militärische Resortpolitik wie ein Alb auf unserer Reichspolitik. Der Reichsleitung werden die Fingel aus der Hand genommen, die vollziehende Gewalt geht über auf 25 unabhängige Generale. Das Vorkrieg wird zum Weisheit, das Militär beherrscht die Regierung, statt ihr dienbar zu sein. (Sehr richtig! b. den Sozialdemokraten.) Unserem Genossen Bernstein wurde verboten, ein Werk, das erst nach dem Waffenstillstand herauskommen sollte, in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren der Regierung und den Abgeordneten zuzustellen. (Hörl! hört! b. d. Sozialdemokraten.) So stellt man den Reichstag und Regierung unter Aural der Oberkommandos in den Händen. Man will eben Parlament und Regierung suggerieren, daß das Verlangen nach Annetion

**Und wenn man auch mit einigem Recht sagen kann, daß es in solchen Zeiten weniger auf die formellen Zuständigkeiten als auf die Notwendigkeiten ankommt, so muß man sich doch auch bei solchen Maßnahmen auf das Notwendige beschränken. (Sehr richtig!) Wenn ich nun auch nicht auf Einzelheiten eingele, so bitte ich, daraus nicht zu folgern, daß uns nicht auch eine Fülle von Material von berechtigten Klagen zur Verfügung stände. Es sind ganze Berge, und wir könnten noch wochenlang über diese Materie reden. Es handelt sich darum, daß das System ein verfehltes ist, das naturgemäß verfehlte Maßnahmen erzeugen muß. Das Volk trägt gern, was notwendig ist, damit der Sieg verbürgt ist. Die Befreiung der Spionage ist gewiß nötig, und ebenso die wirtschaftlichen Maßnahmen, für die der Reichstag dem Bundesrat weitgehende Vollmacht gegeben hat. Aber ganz etwas anderes ist das, was der Belagerungsstaat mit sich bringt. Hier ist auf einmal von einem Tage zum anderen die gesamte Exekutive unter eine Behörde gestellt, die für diese Sache keine Vorbildung hat, auch keine Fähigkeiten dafür mitbringt, sie sich auch in dieser kurzen Zeit nicht aneignen kann, und nicht einmal unter einer Behörde, sondern vieler Behörden, wie es Generalkommandos gibt, die in ihrem Bezirk mit vollkommen unbegrenzter Machtvollkommenheit draußens wirtschaften. Als der Belagerungsstaat erlassen wurde, beschränkte er sich auf gewisse allgemeine Maßnahmen. Der Kaiser selbst verhängte ihn und hat damals nicht daran gedacht, in den Distrikten hier und da die verfassungsmäßigen Garantien der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Pressfreiheit usw. aufzuheben. Das ist erst später durch Verordnungen der Generalkommandos geschehen. Es fragt sich, ob die Generalkommandos überhaupt befugt waren, über den Kopf des Kaisers solche Verordnungen zu erlassen. Viel Verständnis für die Würde des Kaisers und für die Bedeutung eines solchen öffentlichen Lebens lähmenden Schrittes liegt nicht darin, wenn man jedem Generalkommando das Recht gibt, auf eigene Hand in den Rechten des Volkes herumzufahren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Zensur kann keinen einheitlichen Willen haben und in ihrem Handeln kein Maß halten. Sie gleicht dem Kaiser in dem Goethischen Märchen, der ein ganz gute Reel ist, aber wo sein Schatten hinfällt, richtet er Unheil an. Den guten Willen der kommandierenden Generale will ich nicht befeuern. Aber er wird zur Gefahr, weil ihnen die Kenntnis auch der einfachsten Lebensverhältnisse abgeht. Der gute Wille entschuldigt auch nichts. Der Oberbefehlshaber kann natürlich nicht selbst alles tun. Was sind aber für Hilfskräfte vorhanden! Es müßte ja in Berlin schieß gehen, wo man**

**als Zensur einen der Chefs der politischen Polizei**

nahm und ausgerechnet den, dem man im Frieden die Überwachung der politischen Umtriebe zugewiesen hatte und der seine Unfähigkeit schon dabei erweisen konnte. So hat man denn hier durchgesetzt mit Hilfe des Oberkommandos, daß auch geschlossene Versammlungen unter Polizeiaufsicht gestellt werden — ein alter Wunsch der Polizei, mit dem sie bei den Gerichten als ungeflücht stets abgelehnt ist. Der Polizeipräsident hat sich unter dem Belagerungsstaat auch an die Reinigung der deutschen Sprache gemacht, das sind doch Aenderungen. (Sehr richtig!) Bureaufkratern meinen ja eben, mit Verordnungen das Leben regeln zu können. Natürlich entsteht dadurch nur Veräufierung. Ich teile die Empörung der Vorredner über die angeführten Fälle, vor allem auch darüber, daß man unser Parlament einer Zensur unterwerfen will. Zweifellos ist das verfassungswidrig. Aber abgesehen davon, ist es eine Dreifigkeit gegen dies hohe Haus und politisch die denkbar dümmste Maßregel. Ebenso sind die Unterstellungen in

**Schughaft**

ganz widerum Dinge. Wir ist mitgeteilt, daß ein Mann seit Kriegsbeginn in Schughaft sitzt, ohne daß es möglich ist, zu erfahren, weshalb. Er vermutet, daß er das Opfer einer fälschlichen Denunziation ist. Der Mann wird von einem Gefängnis ins andere geschleppt und geht dabei feilsch und körperlich zugrunde. Wirtschaftlich natürlich ebenfalls. Von dem Oberkommando bekommt man höfliche und freundliche Worte zu hören, auch von anderen hohen Stellen, aber das nützt nichts. In Ruhebetten hat man heute Leute interniert, deren Väter und Großväter schon England verlassen hatten. Man wollte aber eben auch „Engländer“ interniert haben. Es sind das Leute, die sich zum Teil schon seit 50 Jahren immer und immer wieder bemüht haben, bei uns naturalisiert zu werden, das wurde ihnen abgeschlagen, weil sie Juden sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Große Bedeutung lege ich der

**Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes**

durch die Militärbehörden bei. In Elbing hat man ja dem Sozialdemokratischen Verein verboten, seine Beiträge zu kassieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der gute Ausgang des Krieges beruht auf dem einheitlichen Willen des Volkes durchzuhalten, nicht bis die Feinde niedergedrumpelt sind, sondern bis unser Vaterland gesichert ist. Dieser Wille kann nur bestehen, wenn jeder das Bewußtsein hat, daß er für seine eigene Sache kämpft. Deshalb sagte der Kaiser: ich kenne keine Parteien mehr, nur Deutsche. Deshalb irrt der Staatssekretär Delbrück davon, daß die Verwaltung im Reich und in den Bundesstaaten dieser Einheitspolitik des Volkes entsprechend geführt wird. Das ist keine Gnade, sondern das Volk hat das Recht, das zu verlangen. Wie paßt aber dazu die Unterdrückung und dieses Verbot in Elbing? Es ist der Glaube verbreitet worden, die deutsche Regierung hätte den Krieg angezettelt, um die Organisation der Arbeiter zu vernichten. Durch solche Maßregeln muß das geradezu zur Massenpsychose werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Geheimrat Lewald erklärte, die Regierung wolle den Gewerkschaften die freie Bewegung einräumen, die sie nötig haben. Aber was hört man von dem Entwurf, den das Haus hierüber beschlossen und der Regierung überreicht hat? Nichts. Statt dessen hören wir Klagen, daß die **Gewerkschaftsbewegung unter der Maske des Burgfriedens unterdrückt** wird. Es handelt sich nicht um einzelne Mitglieder, sondern um das System als Ganzes, die Ausnutzung des Belagerungszustandes gegen den inneren Feind. Die Pressenzensur hat immer zu allen Zeiten und überall Dummheit über Dummheit gemacht. Auch in anderen Ländern ist das nicht anders, wir kennen ja die Verhandlungen des französischen Parlaments über die französische Zensur. Kürzlich hat mein Freund Koller eine scharfe Verwarnung vom Zensur bekommen wegen Verstoßes gegen Punkt 1013. (Große Heiterkeit.) Was muß ein Pressezensur, der solche Massenverordnungen herausgibt, für eine Vorstellung von der Tätigkeit einer Zeitung haben. Aber die Herren sind doch durch ihre Ahnungslosigkeit nicht ganz entschuldigt, ein bißel Fahllächel ist allemal dabei, es fehlt ihnen eben an dem Willen zum Verständnis. Gewiß nicht überall. In den Kreisen des Militärs hat man keine hohe Meinung von der Presse. Dort sprach man im Frieden von Brechengeßel, Heberwieß, Gehirnsäge, trotz Friedrich II. und Moltke. Diese Denkweise ist doch durch den Krieg nicht ausgelöscht. Die Zensur ist in Kriegszeiten nicht gescheiter geworden, sondern nur gefährlicher. Sogar Goethe muß es sich gefallen lassen, wenn er gegen die Sprachjuristen ein scharfes, witziges Epigramm geschrieben hat, daß es heute nicht gedruckt werden darf. (Heiterkeit und Hört! hört!) Die **Erhaltung des Burgfriedens ist eine der wichtigsten Aufgaben** in dieser Zeit. Wer seine persönlichen Liebhabereien, seine politischen Parteiinteressen über die Sicherheit des Vaterlandes stellt, wer nicht bei allem, was er tut, an die Wirkung auf das Ausland denkt, von dem sage ich: hio Nigger est. Von dem rüde ich nicht nur ab,

**gegen den sind wir auch scharfe Maßregeln recht.**

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja wohl! (Hört! hört!) Wer nicht einig ist mit uns in der Verteidigung des Vaterlandes! (Zuruf der Abgeordneten Ledebour und Liebknecht: Sie sind kein Sozialdemokrat. Wie kann man als Sozialdemokrat für den Belagerungszustand eintreten? Schämen Sie sich als Sozialdemokrat!) Abg. Dr. David: Schämen Sie sich als Deutsche!

Präsident Dr. Reempf ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.  
Abg. Heine (fortfahrend):

Ich will, daß die Einheitspolitik nach innen und außen aufrechterhalten bleibt. Das erzielt man aber nicht durch behörblichen Druck auf das Volk, sondern durch Vertrauen, und Vertrauen entsteht nur durch Offenheit. Ist es denn für uns Deutsche unmöglich, was in England möglich ist, daß Konervative, Liberale und Sozialdemokraten, fast hätte ich gejagt verfehlte die Sozialdemokraten (Hört! hört!), daß Leute von verschiedener Richtung, die aber einia sind in dem Wunsch, das Vaterland zu verteidigen, die nicht eine Niederlage Deutschlands in den Kauf nehmen wollen, daß diese für diesen Zweck zusammenarbeiten, wenn sie im übrigen auch gegeneinander wirken. Warum will es denn eine wohlweife Behörde verbieten, anzusprechen, was ist, was politisch gegeneinanderzustellen, wenn wir alle einig sind in dem Willen, das Vaterland zu schützen und den Krieg siegreich zu Ende zu führen? Nach außen würde das sogar weit mehr wirken als dieser erzwungene Burgfrieden. Wir wären viel weiter, wenn die Zensur nicht die Gesinnung unterdrückt. Lassen soll man unter Umständen entgegenzutreten, Meinungen niemals. Gerade durch diese Unterdrückung entstehen allerhand Gerüchte, die als fälschendes Gift umherzirkeln und die Diskussion wird abgelenkt von den großen politischen Fragen. Dieser Zwang durch den von oben diktierten Burgfrieden zerkört den frischen Mut und den offenen Geist, den wir brauchen, um Deutschland zu retten und groß zu machen. In solchen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie, wie sie Herr Ditmann angeführt hat, zeigt sich die absolute Unfähigkeit, in die Seele des Volkes zu blicken. Dem, was sie wollen, leisten sie einen Bärendienst. Wir bitten uns jede Einmischung in unsere inneren Parteiverhältnisse. Wir vertrauen, daß die Liebe des Volkes zum Vaterlande die Mißstimmung überwinden wird, die ungeschicklichen Maßnahmen zu verdanken sind. Die Frage steht so, ob wir Frieden um jeden Preis wollen und eine Niederlage mit in den Kauf nehmen. Dann braucht man nicht zu zweifeln, wie die Antwort ausfallen würde. Aber mit derartigen plumpen Einwürfen, mit dertartigen Parteischleichen gibt man nur den ganz wenigen Waffen in die Hände — es sind ganz wenige — die wirklich die Verteidigung des Vaterlandes nicht wollen und ihr gleichgültig und fast gegenüberstehen. Den Behörden aber sage ich: Bitte, lassen Sie Ihre Finger von Dingen, von denen Sie nichts verstehen. Sie richten nur Unheil an. (Beifall links.) Und da Sie meine Belchungen nicht annehmen werden, so bleibt nichts übrig, als den Belagerungszustand aufzuheben. Dr. Dertel sagt, die Presse der Rechten stehe mit einem Fuße im Gefängnis. Er hat nicht vollständig zitiert. Dieses Zitat, das einen sozialdemokratischen Agitator aus den 70er Jahren zugeschrieben wird, lautet vollständig: „Mit einem Fuße stehen wir im Gefängnis, mit dem anderen ragen wir am Hungertuch.“ (Stürmische Heiterkeit.) Was die Freigabe der Erörterung der

**Kriegsziele**

betrifft, so muß ich sagen: diese Debatte ist hier aus einer Besprechung über die Freigabe zu einer über die Kriegsziele selbst geworden. Das gibt den Gegnern der Freigabe Waffen in die Hand. Man könnte sagen: Wenn die Herren Parlamentarier sich so wenig Respekt auferlegen, wenn sie so wenig Selbstbeherrschung in ihren Erörterungen zeigen, was soll man dann von jedem beliebigen Redakteur verlangen? Ich lehne es ganz bestimmt ab, mich auf alle die Einzelheiten, die der Abg. Dertel und der Abg. Streckmann hier angeführt haben, einzulassen. Ich habe bei diesen Debatten, am meisten aber, wenn sie an einer so bedeutungsvollen Stelle wie hier geführt werden, immer den unangenehmen, beinahe beschämenden Eindruck der Jäger, die sich über das Fell eines Bären anßen, der noch lange nicht erlegt ist. (Sehr richtig!) Unsere braven, treuen Kämpfer da draußen führen noch einen sehr schweren Krieg. Sie haben unser Vertrauen, unsere treuen und heißen Wünsche. Wir wissen, daß sie noch viel zu tun haben, bis Deutschland die Waffen niederlegen und sagen kann, das Ziel der Sicherung unserer Heimat, der wirtschaftlichen und kulturellen Existenz unseres Volkes ist wirklich erreicht. Kriegsziele werden aufgestellt, über die man reden könnte, wenn es wirklich so weit wäre, über die man vorher dem Auslande sicherlich nichts sagen sollte. Die Sozialdemokraten haben ihren Standpunkt zu diesen Plänen wiederholt ausgesprochen, er ist auch mein Standpunkt. Wir lehnen alle die Pläne ab, welche geeignet sind, den Krieg zu verlängern und nach dem Krieg neue Feindschaften zu schaffen und neue Kriege herbeizuführen und das deutsche Volk auch mit der Last innerer nationaler Streitigkeiten zu beschweren. Wir sind alle einig in der Ansicht, daß der Friede Deutschland wirtschaftlich und wirtschaftliche Gesundheit, Kraft, politische Stärke und die Sicherung vor einem neuen derartigen Uebelstand bringen muß. Aber dertartige Sicherungen findet man nicht in der Weise, wie Kürten und Böcker es in früheren Jahrhunderten glaubten. Seit das nationale Prinzip die Welt beherrscht, seit die wirtschaftlichen Fragen wichtiger sind als die rein politischen, entscheiden über die innere Kraft und Gesundheit eines Volkes ganz andere Dinge, als die Ausdehnung des Gebietes. Die Wege, die Deutschland gehen muß, um das zu erreichen, was wir alle wünschen, wird es vor allem in der inneren Politik gehen müssen. Dort liegt die Stärke eines Volkes. Vorläufig haben wir zu überlegen, wie solche Worte nach innen und außen wirken. Wir wissen, wie unangenehm sie im Ausland gegen uns ausgesenkt werden. Weit wichtiger aber ist die Wirkung nach innen. Unsere Kraft, die Kraft, die uns befähigt hat, bis jetzt unsere Waffen siegreich in fremde Länder zu tragen, liegt in dem Bewußtsein, daß wir vom ersten Tage an den Krieg geführt haben für unsere Heimat, für die nationale Existenz, für unser Volk. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Das hat der Kaiser gesagt, das hat der Reichslangler versichert, und so sprechen auch die Sozialdemokraten und ich hoffe, auch andere. Nur aus dem Bewußtsein, daß wir für die Erhaltung unserer Kultur kämpfen, nur auf diesem Boden kann die Einigkeit bestehen, die die notwendige Vorbedingung für den Sieg ist.

**Leider sind die Grenzen noch nicht gesichert,**

wenn auch die Heere im Feindesland stehen. Der Krieg bleibt deshalb doch ein Verteidigungskrieg, und ich bitte alle, die wünschen, daß der Krieg zum Guten ausgehe, ihm diesen Charakter nicht zu nehmen. Ein Sieg anderer Art wäre ein Vordrusch und wäre der Anfang der inneren Zerfetzung, die wir zu überwinden beginnen. Wollen Sie ein Volk, das trotz aller politischer Kämpfe sich einig weiß mit dem Vaterland, dann fassen Sie dem Volk nicht den Glauben ein, sein Blut würde vergossen für Pläne, die nur einzelnen nützen sollen. Was in der Beziehung die Aenderungen der Herren Streckmann und Dertel schon geschadet haben, möchte ich nicht näher ausführen. Ich muß diese Pläne mit Entschiedenheit ablehnen. Trotzdem verlange ich, daß die Diskussion über die Friedensziele freigegeben werde. Es gibt kein anderes Mittel, solchen Äußerungen und ihren Folgen entgegenzutreten, als die freie Aussprache. Dann würde mehr Vertrauen zu den verantwortlichen Stellen eintreten, als durch diesen Druck auf die Diskussion. Man mache ganze Arbeit. Man heb den Belagerungsstaat und die Pressenzensur auf. Unser Volk ist hart genug gegen den äußeren Feind im Vertrauen zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Aber wahre Stärke zeigt sich nur in der Freiheit. Entschließen Sie sich, dem Volk die politische Freiheit wiederzugeben, dann wird es den Krieg um so einmütiger zum guten Ende führen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Ministerialdirektor Lewald:**

Es ist das dritte oder vierte Mal, daß in diesem Hause seit Kriegsausbruch die Fragen des Belagerungszustandes erörtert worden sind. Ich kann mich daher auf eine Reihe von Erklärungen beziehen, die der Herr Staatssekretär des Innern im Oktober 1914 und im März und August vorigen Jahres abgegeben hat. Sie werden nicht erwarten, daß ich nach dieser sechsjährigen Debatte auf alle Einzelheiten eingehe. Ich möchte aber gleich die Bitte aussprechen, daß, wenn ich mich gegen gewisse Behauptungen nicht

wende, diese dann als vom Regierungslisch zugestanden angesehen werden können. Der Abg. Heine hat mit großer Entschiedenheit erneut behauptet, daß der Belagerungszustand der verfassungsmäßigen Grundlagen entbehre, jedenfalls in dem Umfang, wie er gegenwärtig besteht. Es ist wiederholt dargelegt worden, daß der Herr Reichslangler, der die Order über den Kriegszustand erlassen hat, dafür die volle Verantwortlichkeit trägt, wie auch dafür, daß sie aufrechterhalten wird und daß sie sich mit der Befreiung im Einklang befindet. Schon früher ist dargelegt worden, daß die Bedrohung des Reichsgebietes fortbauert, so lange der Krieg währt. Es ist mit Recht hier von einem Kriegszustand gesprochen und daß wir uns in Kriegszustand befinden, wird doch wohl niemand bezweifeln. Wir haben in unseren Gesetzen nicht die Möglichkeit, in irgendeiner Weise rechtzeitig zu verhindern, daß wichtige militärische Nachrichten, die für die Sicherheit und den Aufmarsch unserer Truppen absolut notwendig sind, verzerrt werden, als durch diejenigen außerordentlichen Vollmachten, die das Belagerungsgesetz gewährt. Ich glaube, daß die Bedenken, die aus juristischen Gründen gegen die Fortdauer des Belagerungszustandes angeführt worden sind, vor den Tatsachen und vor der Tradition nicht standhalten können. Nun ist gesprochen worden über die schädliche Wirkung, die der Belagerungszustand für unsere inneren Zustände hat. Machen wir uns doch eines klar: Der Krieg gegen uns wird nicht, wie der Krieg von 1870/71, militärisch geführt, er wird gegen uns wirtschaftlich geführt und durch Verleumdung, durch Vergiftung der öffentlichen Meinung im neutralen Auslande. Die unter Umständen höchst harmlos erscheinende Schädigung innerpolitischer Zustände wird im feindlichen Auslande dazu bewertet, um gegen die Kraft des Durchhaltens und des Vertrauens im deutschen Volke Stimmung zu machen. Im Kriegspresseamt werden in einer Abteilung die gesamten Beiträge der neutralen Presse gesichtet. Da sieht man, wie aus zusammengetragenen, sonst harmlosen Meldungen deutscher Blätter ein Dossier zusammengestellt wird, um zu zeigen, daß das deutsche Volk am Verhungern ist, daß bei uns Straßwälle und die furchtbaren Zustände herrschen. Da können Sie es den verantwortlichen Stellen der militärischen Verwaltung nicht verdenken, wenn sie ihre Wachtmittel benutzen, um gegen jeden Mißbrauch der öffentlichen Meinung Front zu machen. Die Debatte hat sich in ihren Hauptpunkten um die Zensur gedreht. Wenn es schon in der vorwärtigen Zeit eine schwere Aufgabe war, einen idealen Zensur zu finden, so ist die Schwierigkeit in der heutigen Zeit mit ihren vielfach verschlungenen sozialen Verhältnissen und ihrer regeren politischen Bewegung fast ins Ungeheure gewachsen. Daher ist es erklärlich, daß bei Ausübung der Zensur eine gewisse Reihe von Fehlern, Mängeln und Irrtümern vorgekommen sind. Aber mit den vorgekommenen Mängeln und Fehlern kann man nicht die Forderung der Abschaffung der Zensur überhaupt begründen. Sie ist nicht eine Maßnahme der inneren Politik, sondern eine Kriegsmaßnahme. Ihre Aufgabe ist nur, Schädigungen der Landesicherheit und der Kriegführung abzuwehren und abzuwenden. Ich bin überzeugt, daß die stellvertretenden kommandierenden Generale sich durchaus von diesem Gesichtspunkt leiten lassen. Nun muß ich mich gegen die scharfen Worte wenden, die gegen diese Männer gefallen sind. Man hat hier einen Gegenstand konstruiert zwischen ihnen und den Generälen, die draußen stehen. Das Verantwortlichkeitsgefühl dieser Männer im Innern ist genau so groß wie das der draußen stehenden. Ich möchte wissen, wie wir den Feldzug führen sollen ohne die inaktiven Offiziere. Der Feldherr, dessen Name am tiefsten ins Volksbewußtsein eingedrungen ist, was war er denn vor Kriegsausbruch, ein inaktiver Offizier? Wenn man in der Jetztzeit mit irgendeiner Anordnung rasiel zugreifen will, dann bleibt häufig nichts anderes übrig, als die Disziplinbefugnisse der kommandierenden Generale in Anspruch zu nehmen. Eine Bundesratsverordnung würde viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Anträge der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Belagerungszustandes müßten die verbündeten Regierungen zurückweisen. Die Kommission hat verlangt, daß im Frieden keinerlei die Pressefreiheit einschränkende Kriegsmaßnahmen bestehen dürfen. Dieser Beispruch bezieht sich wohl vor allem auf die soeben erwähnte Preßerkasse, über die ja im Abgeordnetenhaus gestern verhandelt worden ist. Es ist auch die Ansicht des Reichslanglers, daß mit Friedensschluß alle einschränkenden Maßnahmen außer Kraft treten sollen. Er kann daher diesem Antrage durchaus zustimmen. Die verlangte Schaffung von sachverständigen Pressebeiräten bei den Zensurstellen ist durch die Errichtung des Kriegspressesamtes, in dem sachkundige Vertreter der Presse mitarbeiten, erfüllt. Dann wird verlangt, daß jedem Zeitungsvorwort eine Warnung vorausgehen soll. Man tut immer so, als ob das Verbot einer Zeitung jetzt zu einer tagtäglichen Erscheinung geworden ist. Nur in verhältnismäßig wenigen Fällen sind Zeitungen verboten worden, und zwar Zeitungen aller Richtungen. Es kann sich keine Partei darüber beschweren, daß eines ihrer Blätter noch nicht verboten worden ist. (Heiterkeit.) Wir gehen da gleichmäßig vor. Jeder Zensur weiß, welche bedeutungsvolle Maßnahme ein solches Verbot ist, und es sind auch in allen Fällen erst Warnungen erfolgt. Dem Antrage, daß nur mit Zustimmung des Reichslanglers eine Zeitung soll verboten werden können, können wir nicht zustimmen. Einmal wird es oft proflich unaussprechlich sein, wenn der Reichslangler nicht in Berlin ist, die Zustimmung einzuholen. Und dann: der Reichslangler handelt unter politischer Verantwortlichkeit, die kommandierenden Generale aber sind nicht verantwortlich.

**Das Wesen des Belagerungszustandes ist die Verantwortlichkeit bei solchen Maßnahmen auszuschalten.**

Man darf sie daher nicht auf diesem Wege einführen. Eine Resolution Ablaß-Wassermann verlangt Freiheit der Presse bei der Behandlung innerpolitischer Fragen. Gegen eine solche Erörterung der Steuerprojekte z. B. wird niemand etwas einzuwenden haben. Aber wenn solche Erörterungen unter Verunglimpfungen anders Denkender erfolgen, wenn sie in einem aufreizenden Tone geschrieben werden, so würde das allerdings heißen, den Burgfrieden in Grund und Boden zu ruinieren, und gegen ein dertartiges Vorgehen muß die Zensur einschreiten können, um einen größeren Schaden zu verhüten. Eine sachliche Kritik soll in keiner Weise verhindert werden. Wenn dem „Volkswort“ in Halle aus der Rede des Abgeordneten Simon Stellen gestrichen worden sind, so hat es der Zensur unter eigener Verantwortung getan. Jegendeine Anweisung der Regierung ist nicht ergangen. Das Verhalten des Zensurs gegenüber dem händischen Blatt „Gefundal“ ist nicht vereinbar mit seinen Pflichten. Aber wir müssen uns das Recht vorbehalten, Zeitungen, die nur die Kriegs Nachrichten unserer Feinde bringen — solche Fälle sind dazwischen —, zu zwingen, erst einmal unsere Kriegs Nachrichten zu bringen. (Zustimmung.) Wenn in Elbing dem Sozialdemokratischen Wahlverein das Einschießen von Beiträgen untersagt worden ist, so kann ich nur sagen, daß der Belagerungszustand nicht gebietet, die Einsammlung von Mitgliederbeiträgen in Vereinen zu verhindern. Ich würde das für durchaus unzulässig halten, und wir werden uns mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen. Die Gründe, wegen denen die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden kann, sind in der Kommission ausführlich, allerdings vertraulich, mitgeteilt worden. Die Resolution Ablaß-Wassermann auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, durch den die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden, begegnet bei den verbündeten Regierungen siveren Bedenken. Der Antrag bedeutet ein schweres Mißtrauen gegen die militärischen Befehlshaber, und ich würde empfehlen, ihn zunächst einmal dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Was die Behandlung der

**Gewerkschaften als politische Vereine**

anlangt, so ist zuzugeben, daß in einzelnen Fällen noch immer die Gewerkschaften von den Gerichten und der Verwaltung als politische Vereine angesehen worden sind. Die verbündeten Regierungen sind der Meinung, daß eine Abänderung nur dadurch erreicht werden kann, wenn gesetzlich festgelegt wird, daß einmal die Gewerkschaften und auf der anderen Seite die Organisationen der

Arbeitgeber nicht als politische Vereine anzusehen sind, auch wenn sie sich mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen. Eine entsprechende Vorlage wird dem Hause alsbald zu gehen. (Beifall.) Sie mögen aus dieser Erklärung entnehmen, daß die Besorgnisse des Abg. Heine, es bestände irgendwo ein Widerstreit oder ein Uebelwollen gegen die Gewerkschaften, nicht zu trifft. Im Gegenteil, der Staatssekretär hat wiederholt in warmen Worten anerkannt, was die Gewerkschaften geleistet haben. Die Worte des Reichsanwalters, die jetzt in der Thronrede zum preussischen Landtag noch einmal zum Ausdruck gekommen sind, bilden selbstverständlich die Richtschnur für die Arbeit der Reichsleitung und der Verbündeten Regierungen. Wir betrachten die Zensur gewissermaßen nur als ein notwendiges Uebel. Die Zensur ist gewissermaßen die Protokolle der öffentlichen Meinung. (Große Heiterkeit.) Niemand wird froher sein als die Verbündeten Regierungen, wenn sie die Zensur wie alle anderen Beschränkungen beseitigen kann. (Bravo!)

### Abg. Waldstein (Sp.):

Unser Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch den die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden, ist von mehreren Seiten mißverstanden worden. Der Antrag bezweckt nichts weiter, als das Karzulegen und festzustellen, worüber wir alle einig sind. Der Belagerungszustand hat seine innere Begrenzung in den Erfordernissen des öffentlichen Lebens. Es hätte ja diese Festlegung auch nach dem Frieden erfolgen können. Nachdem wir aber eben gehört haben, daß die Regierung auf dem Gebiet der Gewerkschaften von der gesetzgeberischen Abstinenz abgewichen ist, liegt kein Grund mehr vor, in diesem Falle anders zu verfahren.

Abg. Waffermann erklärt sich mit der Heberzeugung des Antrags Dr. Waffermann am die Budgetkommission einverstanden und beantragt, gleichzeitig auch die Ziffer 2 der Kommissionsanträge an diese Kommission zu überweisen.

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

### Abg. Liebnecht (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Ich habe mich bereits gestern zu dieser Debatte zum Worte gemeldet, vor den Abgg. Spahn, Waldstein und anderen, die heute gesprochen haben. Auch mir haben Sie auch dem Abg. Waffermann und anderen das Wort durch den Schlußantrag abgeschnitten. Dem Abg. Waffermann ist diese Mundtötung dadurch erleichtert worden, daß er in einer Geschäftsordnungsbemerkung das Wesentliche sagen konnte. Es ist ganz klar, daß der Schlußantrag in erster Linie bezweckt, mir das Wort abzuschneiden. (Sehr richtig!) Und das geschieht in einer Debatte über die Zensur! In einer solchen Debatte verhängen Sie selbst eine Zensur über ein Mitglied des Hauses ständischer als alle angeführten Fälle. (Präsident Raempff ruft den Redner zur Ordnung.) Sie sollen vor dem englischen, französischen, italienischen und selbst dem russischen Parlament wegen dieser systematischen Zensurierung erröten. (Geschäher rechts, Ruf: Unerschämtheit!) Keine Absicht war, mich energisch gegen gewisse Ausführungen des Abg. Heine und Kasse zu wenden. (Präsident Raempff.) Das ist in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung nicht zulässig. Im preussischen Abgeordnetenhause besteht in dieser Beziehung größere Bewegungsfreiheit. Der Herr Präsident hat mir wiederholt das Wort zur Geschäftsordnung verweigert. Heute hat mir der Herr Präsident zwar das Wort zur Geschäftsordnung gegeben, er bemüht sich aber, mich möglichst einzuschränken.

Präsident Raempff: Ich verbiete mit dieser Kritik und entziehe Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung, weil Sie sich wiederholt von Bemerkungen zur Geschäftsordnung entfernt haben. (Abg. Liebnecht: Das ist eine Vergewaltigung.)

### Abg. Dittmann (Soz.):

Ich bedauere den Schlußantrag um so mehr, als es damit unmöglich geworden ist, den vollkommen unzutreffenden rechtlichen Konstruktionen des Ministerialdirektors Lewald entgegenzutreten.

### Abg. Stresemann (natl.):

Herrn Heine gegenüber stelle ich fest, daß ich mit keinem Wort Einzelheiten unserer Kriegsziele erörtert habe. Den Vorwurf mangelnder Selbstzucht muß ich also zurückweisen.

### Abg. Liebnecht (Soz.), persönlich:

Man hat mir wiederholt aus dem Hause entgegengerufen: Sie arbeiten im Dienste des Auslandes, Sie sind ein Landesverräter. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, ich betone, daß solchen „Sehr richtig!“ aus dem Hause gerufen worden ist. (Präsident Dr. Raempff.) Im Bureau sind diese Bemerkungen nicht gehört worden, ich hätte sie sonst entsprechend gerügt. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich es vorziehe, von Ihnen als Landesverräter oder sonst was gescholten zu werden, als deshalb gelobt zu werden, weil ich nach Ihrem Geschmack geredet habe, wie das Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion in den letzten Tagen mehrfach passiert ist. (Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.) Meine Herren, durch Ihr Verhalten beweisen Sie mir, daß Sie die Wahrheit und Gerechtigkeit erfinden wollen.

### Abg. Dittmann (Soz.):

In dem Fall des „Volksblattes“ in Halle hat Ministerialdirektor Lewald vorhin erklärt, meine Behauptung, die Stelle aus der Reichstagsrede des Abg. Simon sei auf Anweisung von Berlin aus gestrichen, sei falsch. Ich verwickele auf das, was ich heute gesagt habe, woraus hervorgeht, daß der betreffende Zensur in Halle dem Redakteur des „Volksblattes“ auf seine Beschwerde ausdrücklich erklärt hat: „Ich habe soeben telegraphische Nachricht aus Berlin, die Streichung bleibt bestehen.“ (Lächeln. Hört! hört!) Es bleibt natürlich noch immer die Möglichkeit, wenn nicht ein verträgliches Telegramm dem betreffenden Polizeikommissar in Halle zugegangen ist, daß der Herr dem Redakteur die Unwahrheit gesagt hat. Jedenfalls habe ich nichts vorgebracht, von dem ich nicht überzeugt sein mußte, daß es den Tatsachen entspricht.

Nummern werden die Anträge der Kommission bis auf den Punkt, wonach jedes Zeitungsverbot der vorherigen Genehmigung des Reichsanwalters bedarf, angenommen. Dieser Teil der Anträge und der Antrag Dr. Waffermann-Antrag werden an die Budgetkommission verwiesen. Der Antrag Waffermann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Raempff und der Verkündung der Versammlungsurkunde durch Staatssekretär Dr. Delbrück schließt die Sitzung mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser gegen 5 1/2 Uhr.

## Das Herrenhaus gegen eine Wahlrechtsreform.

8. Sitzung: Dienstag, den 18. Januar, 2 Uhr.  
Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Präsident Graf v. Arnim eröffnet die Sitzung mit einem Hinweis auf die Kapitulation Montenegros.  
Eine Reihe von Verordnungen werden debattenlos genehmigt.

Zu der weiteren Verlängerung der Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen richtet der Berichterstatter Graf v. der Schulenburg an die Regierung die Aufforderung, daß während des Krieges Gefangene und nach dem Kriege die zurückkehrenden Arbeiter erst dann zu Notstandsarbeiten verwendet werden sollen, wenn Industrie und Landwirtschaft ausreichend mit Arbeitern versorgt sind. Minister v. Breitenbach sagt dies zu. Die Verordnung wird angenommen.

Es folgt die Beratung über die geschäftliche Behandlung des Fiskalengesetzesentwurfs.

Herr v. Nosthoffen-Damendorf gibt im Namen der konservativen Fraktion folgende Erklärung ab:

Wiederholt hat die Regierung erklären lassen, daß die Eintracht der Parteien während der Kriegszeit gewahrt werden müsse. Sie hat deshalb von den Selekten aus der vorigen Session nur das Fiskalgesetz wieder eingebracht, weil die Beratung über andere Vorlagen, so auch über das Fiskalgesetz geeignet sein sollten, den Burgfrieden zu stören. Diesen Standpunkt hat die Regierung jetzt selbst verlassen, indem sie einen Gesetzesentwurf auf Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege vorgelegt hat. Damit hat die Regierung ohne Zweck und Notwendigkeit zu unserem Bedauern grundlegende Fragen unserer inneren Politik zur Erörterung gestellt. Die Meinungsverhältnisse über Notwendigkeit und Art eines derartigen Eingriffs in die Grundlagen des preussischen Verfassungslebens lassen keinen Vergleich zu mit den Meinungsverhältnissen über den Fiskalengesetzesentwurf. Die konservative Fraktion hält es für ihre Pflicht, ihrer einseitigen Ansicht Ausdruck zu geben, daß der gegenwärtige Augenblick nicht wohl gewählt war für eine Ausdehnung über das Wahlrecht. Jedes sachliche Eingehen auf die Frage müssen wir uns enthalten. Wir wollen, wie bisher, alle Sonderbestimmungen dem höchsten Ziele unterordnen, der Erreichung eines glücklichen Friedens. Wir beantragen die Verweisung des Fiskalgesetzes an eine Kommission von 21 Mitgliedern. (Heiterkeit und Beifall.)

Herr v. Arnim: Die Neue Fraktion bedauert, daß in überraschender Weise das Fiskalgesetz zu einem Angriff gegen die von neuem angeforderte Abänderung des Wahlrechts benutzt worden ist. Wir gehen im Augenblick auf die Sache selbst nicht ein, halten uns aber für verpflichtet, schon jetzt mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß wir unsere Mitarbeit für eine zeitgemäße Umgestaltung des preussischen Wahlrechts nicht verweigern werden. (Beifall.)

Präsident Graf Arnim: Wird das Wort zum Fiskalgesetz noch gewünscht? (Große Heiterkeit.)

Das Haus beschließt die Verweisung des Entwurfs an eine besondere Kommission.

Die Tagesordnung ist erledigt. Nächste Sitzung unbestimmt.  
Schluß 3 1/4 Uhr.

## Aus der Partei.

Die sächsische Partei gegen die Abhaltung eines Kriegsparteitags.  
Der Landesvorstand und die Bezirksverbände der Partei in Sachsen beschäftigten sich in einer gemeinsamen Sitzung u. a. mit der Frage der Abhaltung eines deutlichen Parteitags. Sie kamen einmütig zu dem Beschluß, daß unter den Verhältnissen der Kriegszeit ein Parteitag, ganz gleich in welcher Form, nicht abgehalten werden darf, da dazu alle nötigen Voraussetzungen fehlen.

### Eine Feststellung des Genossen Kunert.

Vom Genossen Kunert werden wir gebeten mitzuteilen, daß die kürzlich in dem Leitartikel des Genossen Hilferding gebrachte Darstellung über die Reichstagsabstimmung am 4. August 1914 nicht ganz zutreffend ist.

Hilferding hatte behauptet, daß sich die 14 Fraktionsmitglieder, die bei der Fraktionsberatung gegen die Bewilligung gestimmt, sich dem Mehrheitsbeschluß untergeordnet hätten. Genosse Kunert legt demgegenüber Wert darauf, festzustellen, daß er aus grundsätzlichen Bedenken sich in dem Moment der Abstimmung entzogen habe, als sie vom Präsidenten angeordnet wurde, trotzdem am Tage vorher in der Fraktionsführung folgender Antrag angenommen war: Kein Fraktionsmitglied darf sich der Abstimmung über die Kriegskredite am 4. August entziehen.

### Zur Redaktionsführung des „Hamburger Echo“.

Genosse Anton Hofrichter überbringt uns unter der Heberschrift „Vergeltung des Nichts um Lokalität“ mit der Bitte um Abdruck eine Aufschrift, in der festgestellt wird, daß ihn von der Redaktion des „Hamburger Echo“ das Schlüsselschloß in einer Polemik gegen den Genossen Cunow verweigert worden ist, trotzdem Hofrichter der angegriffene Teil war. Wir können der Bitte des Genossen Hofrichter, dieses Schlüsselschloß untergeordnet hätten. Genosse Kunert legt demgegenüber Wert darauf, festzustellen, daß er aus grundsätzlichen Bedenken sich in dem Moment der Abstimmung entzogen habe, als sie vom Präsidenten angeordnet wurde, trotzdem am Tage vorher in der Fraktionsführung folgender Antrag angenommen war: Kein Fraktionsmitglied darf sich der Abstimmung über die Kriegskredite am 4. August entziehen.

### Stellungnahme zur Tagung des Parteiaususses.

Der Zentralvorstand der Provinz Brandenburg nahm am 10. Januar 1916 Stellung zu der Sonderaktion der 20 Genossen sowie die Haltung des „Vorwärts“ beurteilenden Beschlusses des Parteiaususses sowie zu den Verhandlungen der preussischen Landeskommission, die in der Aufforderung an die Landtagsfraktion gipfelten, die Politik des 4. August aufrecht zu erhalten und nichts zu tun, was die Politik der Reichstagsfraktion durchkreuzen könnte. Den Beschlüssen des Parteiaususses sowie der preussischen Landeskommission wurde einmütig zugestimmt.

Herrn v. Arnim: Die Partei erhebt Einspruch gegen die Redaktion des „Vorwärts“, die trotz einer von der Berliner Vorkommission als gerechtfertigt anerkannten Beschwerde die Entschließung des Parteiaususses zu der Sonderaktion bis heute noch nicht gebracht hat und sich dadurch trennend zwischen Bezirksleitung und Mitgliedschaft stellt, soweit für dieselbe der „Vorwärts“ das zuständige Organ ist. Dem Bezirksausschuss wird die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit übertragen.

Zu dieser Mitteilung möchten wir bemerken, daß es ein Irrtum ist, wenn der Zentralvorstand meint, die Vorkommission habe beschlossen, einen von uns im Auszug gedruckten Beschluß des Brandeburger Bezirksvorstandes noch nachträglich in vollem Umfange abzubilden.

Der Vorstand des Bezirksverbandes für Reddenburg und Lübeck beschäftigte sich in seiner Sitzung am 16. Januar mit den Vorgängen in der Reichstagsfraktion und den derzeitigen Zuständen in der Partei. Nach eingehender Aussprache gelangte nachstehende Entschließung einstimmig zur Annahme:

Der am 16. Januar 1916 in Württemberg tagende Vorstand des sozialdemokratischen Bezirksverbandes für Reddenburg und Lübeck stimmt der Entschließung des Parteiaususses vom 8. Januar 1916 einmütig zu.

Er steht auch heute noch auf dem Standpunkt der Wehrheit der Reichstagsfraktion in bezug auf die Bewilligung der Kriegskredite.

Das Verhalten der 20 Fraktionsmitglieder, die entgegen dem Beschluß der Fraktion im Plenum des Reichstages gegen die Kredite gestimmt haben, wird auf das schärfste verurteilt.

Solche Disziplinbrüche gefährden nicht nur die Einheit der parlamentarischen Aktion, sondern im höchsten Maße die Einheit der Partei und der ganzen Arbeiterbewegung.

Die am 16. Januar von 70 Vorstandsmitgliedern und Parteifunktionären besuchte Konferenz des Bezirksverbandes Reichs- u. v. nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die Konferenz verwirft jeden Versuch, die Parteiorganisation zu spalten. Sie kann einen solchen Versuch nicht in dem Vorgehen der Wehrheit erblicken. Sie erklärt sich mit der Haltung ihres Vertreters im Reichstag, Genossen Wurm, einverstanden und stimmt der Ablehnung der Kriegskredite zu in Hinblick auf die offene Erklärung der bürgerlichen Parteien am 9. Dezember im Reichstage.

die . . . ihr Kriegsziel bilden. Die Konferenz kann weder dem Parteiaususs noch der Reichstagsfraktion das Recht zuteilen, in den vorliegenden Differenzen eine Entscheidung zu treffen und etwa die Wehrheit von der Fraktion abzuwickeln. Eine Entscheidung hierüber steht nur dem Parteitage zu, bis dahin muß der Wehrheit das Recht zuteilen, ihre Meinung im Reichstag zum Ausdruck zu bringen. Zur Steuerfrage verlangt die Konferenz, daß die Fraktion, wie früher so auch jetzt, diejenigen Steuern ablehnt, die die Lebenshaltung der ärmeren Klassen herabdrücken oder die Verhältnisse verschlechtern.

Eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Waldenburg (Schlesien) nahm nach einem Referat des Abgeordneten Sasse folgende Resolution an:

Die Kreiskonferenz (Vorstand und Disziplinärkommission) des Sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Waldenburg erklärt sich mit der Haltung der Wehrheit der Fraktion einverstanden. Die Konferenz ist einstimmig der Ansicht, daß die Motive, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 veranlaßten, auch gegenwärtig noch gegeben sind; es wird deshalb erwartet, daß diese Politik beibehalten wird.

Die Genossen erwarten, daß die Fraktion . . . energisch entgegentritt und alles tut, was geeignet ist, ohne die Interessen Deutschlands und seiner Arbeiterklasse zu schädigen . . .

In den Fragen der Volksernährung, des Belagerungszustandes und vor allen Dingen in der Handhabung der Zensur . . . erwartet die Konferenz energisches Vorgehen der Fraktion.

Die Sonderaktion der 20 Genossen im Reichstage wird von der Konferenz auf das tiefste bedauert und schärfste verurteilt. Die Konferenz erblickt in dem Verhalten dieser Genossen eine Parteischädigung und darüber hinaus eine Schädigung der deutschen Arbeiter, da durch die Tätigkeit dieser Genossen der Reaktion Waffen geliefert werden, durch die sie gestärkt wird.

Da ein Parteitag zurzeit unmöglich ist, so muß den Parteikorporationen: Parteivorstand, Ausschuss und Fraktion bis zum Parteitag ein weitergehendes Beschlußrecht zugesprochen werden als das Organisationsstatut vorsieht.

Von den Genossen und Genossinnen im Kreise erwartet die Konferenz, daß sie wie bisher auch in Zukunft allen etwa auftretenden parteischädigenden Zersplitterungsversuchen mit aller Energie entgegentritt.

In einer Konferenz der Vertrauensleute des Reichstagswahlkreises Nordhausen, bei der mehr als 30 Genossen anwesend waren, die in den gewerkschaftlichen Komitees Nordhausens Vertrauensstellen besetzen, wurde eine Resolution angenommen, wonach der Beschluß, den die Wehrheit der Fraktion gegen den Genossen Liebnecht gefaßt hat, den Kreis ihrer Befugnisse weit übersteigt.

Durch die Entwicklung der Dinge während des Krieges sind die Vertrauensleute in ihrer Heberzeugung befestigt worden, daß nur der entschlossene Bruch mit der am 4. August 1914 von der Reichstagsfraktion begonnenen Politik der Partei zur Wirksamkeit für den Sozialismus, zum Vertrauen bei den Massen und zum erneuten Aufstieg zurückzuführen kann. Sie billigen es deshalb, daß der Abgeordnete des Wahlkreises, der Genosse Dr. Deklar, ohne Rücksicht auf das Verbot vom Disziplinbruch gegen die Kriegskredite gestimmt und sich damit gegen die Fortsetzung der Politik des . . . gewendet hat. Sie begrüßen freudig diesen erneuten Anfang einer . . . den 20 sozialdemokratischen Abgeordneten gemacht haben, und erwarten bestimmt tatkräftige Weiterarbeiten auf diesem Wege, wie sie auch die Erwartung ausdrücken, daß eine immer steigende Zahl von Abgeordneten sich auf diesem grundsätzlichen allein möglichen Boden zusammenschließen, um geschlossen zu handeln für die . . .

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 482 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1., 2. und 3. Garde-Reg. à 8.; 1. und 2. Garde-Res.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander und Franz; Garde-Fuß.-Reg. Lehr.-Inf.-Reg. Gren.-, bezw. Inf.-, bezw. Auf.-Regimenter Nr. 1, 3, 11, 24, 26, 31, 33, 37, 41, 43, 44, 45, 49, 53, 57, 59, 61 bis einschl. 63, 69, 70, 71, 73, 74, 76, 77, 82 bis einschl. 86, 88, 89, 93, 94, 96 (f. Auf.-Reg. Nr. 88), 110, 111, 114, 115, 128, 132, 137, 138, 140, 143, 150 bis einschl. 154, 158 bis einschl. 162, 164, 166, 168, 171, 174, 175, 176, 188. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 24, 25, 35, 37 (f. auch Fuß.-Reg. Nr. 87), 30, 56 (f. Auf.-Reg. Nr. 57), 60, 61, 64, 65, 66, 68, 72, 76, 77, 78, 81, 82, 83, 86, 87, 180, 208, 217, 220 bis einschl. 223, 225, 227 (f. Gebirgs-Machinengew.-Abt. Nr. 218), 231, 252, 253, 254, 256, 257, 262, 263. Gr.-Inf.-Reg. Nr. 20. Ref.-Gr.-Inf.-Regimenter Nr. 1 und 4. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 5, 23, 24, 25, 26, 40, 46, 48, 57, 60, 61, 63, 71, 72, 73, 82, 118. Brig.-Gr.-Batt. Nr. 38 (f. Gr.-Inf.-Reg. Nr. 20). 2. Landst.-Inf.-Ausbildungs-Batt. St. Anold. Jäger-Bataillone Nr. 1, 2 (f. Ref.-Jäger-Batt. Nr. 2) und 4; Ref.-Bataillone Nr. 2 und 3. Gebirgs-Machinengew.-Abt. Nr. 218; Feld-Machinengew.-Ergänzungsgug Nr. 431 (f. Kav.-Reg. Nr. 87). Kavallerie: Kürassiere Nr. 2; Dragoner Nr. 20 und 4; Husaren Nr. 4; Ulanen Nr. 0; Ref.-Ulanen Nr. 6; Jäger zu Pferde Nr. 2. Kav.-Reg. Nr. 87; Ref.-Gr.-Eskadron des 10. Armeekorps.

Die Fortsetzung der sächsischen Verlustliste Nr. 246, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einbezahl. S. IV. Col rechts, unterer, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Vordruck und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigesügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Kritiken und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

R. 20. 1. Wenn die Ehefrau selbst Invalidenmarken geklebt hat, bekommt sie ein Wittengeld. 2. Rein. 3. Die Schuld kann durch Zahlungsverzicht erloschen werden. — R. 23. R. Ein absoluter Anspruch auf Abnahme für den Gehirnen besteht nicht; die Wohnung kann abgekauft werden. Nichts als einen Antrag auf Zahlung der Abnahme an das Gerichtsbureau desjenigen Regiments, zu dem der Betroffene eingezogen wurde. — G. A. 100. Radmutterung kann erfolgen. — Hausf. Rein. — C. R. 3. Die Auskunft der Krankenkasse ist unrichtig, ihr Mann hat Anspruch auf Krankengeld. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Versicherungsamt für Besoldungs-Stellen in Besold. — G. S. 14. Es wird Radmutterung erfolgen. — W. W. 100. Reuß. Sie haben keinerlei Anspruch auf ein Erbeil, wenn Sie nicht in einem Testament bedacht sind. — G. S. 80. 1. Die vielfachen Begehren können wir nicht. Es sind nur die Geburtsurkunden erforderlich. 2. Entbindungsstellen erhalten nur Kriegsverwundete auf Grund der Mitleidenschaft ihres Ehemannes bei der Krankenkasse. Der Anspruch ist an die Krankenkasse zu stellen, bei der der Ehemann Mitglied war. — G. S. 1. Das müssen wir nicht; das liegt im Belieben der Militärbehörde. — G. 163. Wenden Sie sich mit einem ärztlichen Attest an die Erlösungskommission, Bezirkskommando IV. — R. 23. 25. Rein. — H. S. 75. Wenn sich Ihr Zustand soweit gebessert hat, daß Sie zur ärztlichen Untersuchung gehen können, müssen Sie der Versicherung davon Mitteilung machen. Die Höhe der Rente können wir nicht angeben, wenn wir nicht Einigkeit in die Leistungenarten genommen haben. — Rief. 12. Der Schenkeranspruch erstreckt sich in diesem Falle sehr weit. — G. S. 1. Rein. — H. S. 2. 1. Rein. 2. Das Mädchen hat keinen Anspruch auf Gehalt für diese Zeit. — G. S. 126. Sie brauchen in diesem Falle für den Schaden nicht zu haften. — W. S. 44. Das entscheidet zwar der Militärarzt; auf Heilfähigkeit oder auch lebenslang erkannt werden, wenn sich die Krankheit nicht mehr im Stadium der Ansteckungs-fähigkeit befindet.

Veterratsbericht für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Zeitweise neblig, sonst wollos heiter, ohne erhebliche Niederschläge; am Freitag ziemlich mild, in der Nacht zu Donnerstag, besonders im Osten, froh.

**Aus Groß-Berlin.**

**Die Diphtherie in Berlin.**

Die Erkrankungen an Diphtherie hatten in Berlin sich vom Spätsommer ab rasch und stark gemehrt und bis zum Herbst eine so außerordentliche Häufigkeit erlangt, daß man geradezu von einer Epidemie reden durfte. Die Zahl der Erkrankungs-meldungen blieb für die erste Woche des Monats August noch unter 100, sie war aber nach Mitte September bereits über 200 pro Woche, überstieg im Oktober sogar 300 pro Woche in zwei aufeinander folgenden Wochen mit 306 und 327 Fällen, sank in den beiden nächsten Wochen um ein Geringes auf 281 und 286 Fälle und ging im November noch einmal über 300 pro Woche hinaus in drei aufeinander folgenden Wochen mit 326, 311, 321 Fällen. Erst zum Dezember ließ die Epidemie nach, und bis zum Jahreschluss verringerten sich die neuen Erkrankungen so weit, daß für die letzte Woche des Dezember nur noch 201 gemeldet wurden. Freilich ist auch das immer noch eine Zahl, die man hoch nehmen muß. Für die ganze Zeit von Anfang August bis Ende Dezember ergaben die Wochenberichte 5197 gemeldete Erkrankungen an Diphtherie. Nennlich bewegten sich die Wochenziffern der Diphtherieerbfälle, doch waren hier die Schwankungen häufiger. Während die erste Woche des Monats August nur 10 Sterbefälle hatte, lag von der zweiten Hälfte des September ab die Wochenziffer regelmäßig über 20. Dem Ende November und um Anfang Dezember brachten zwei auf einander folgende Wochen sogar 31 und 30 Sterbefälle, die höchste Ziffer pro Woche, die im Verlauf dieser Epidemie beobachtet wurde. Gegen den Jahreschluss hin kam es dann auch bei den Sterbefällen zu einer merklichen Minderung, und aus der letzten Dezemberwoche wurden nur noch 19 Fälle gemeldet. In der Zeit von Anfang August bis Ende Dezember starben an Diphtherie nach Ausweis der Wochenberichte 418 Personen. Je 100 Erkrankungsfällen standen hiernach 8 bis 9 Sterbefälle gegenüber.

**Post- und Telegraphenverkehr nach dem Stappen- gebiet Ost.**

Nach dem Stappengebiet des Oberbefehlshabers Ost, in dem eine kaiserlich deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost eingerichtet worden ist, findet fortan in beschränktem Umfang ein privater Post- und Telegrammverkehr auch mit der Bevölkerung des Gebietes statt. Reichsposstanlagen sind zunächst eingerichtet worden in Kalisch, Grobno, Nowno, Libau, Mitau, Pantele, Schaulen, Suwalki und Wilna. Außerdem nehmen in den Orten Augustow, Bausk, Bielsk, Golenpoth, Kielmy, Dittu, Sokolka, Bindau und Wylkomyjski Feldpostanstalten an dem neuen Verkehrs teil. Es können aber auch nach anderen Orten in dem Postgebiet Sendungen abgemittelt werden. In der Aufschrift ist dann der Postort anzugeben, von dem der Empfänger die Sendungen abholen wird. Postbestellung findet nicht statt.

Der private Post- und Telegrammverkehr mit dem neuen Postgebiet erfolgt im allgemeinen unter ungefähr denselben Bedingungen wie der private Verkehr mit dem Gebiete des Generalgouvernements Warschau. Ausgeschlossen sind im Postverkehr mit dem Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost offene gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art, gewöhnliche (nicht telegraphische) Postanweisungen bis 500 M. und Telegramme in dringenden Angelegenheiten — unter Nachweis der Dringlichkeit — bis zu 16 Wörtern.

Kostenungen und Telegramme müssen allgemein verständlich in deutscher Sprache abgefaßt sein und dürfen keine Mitteilungen über militärische Angelegenheiten enthalten; die Abschnitte der Postanweisungen dürfen nicht zu schriftlichen Mitteilungen benutzt werden. Auf allen Sendungen und Telegrammen muß der Absender und seine Wohnung angegeben sein. Die Mitteilungen in den Briefen sind möglichst kurz zu halten und dürfen nicht über zwei Seiten Viertelformat (Quartformat) hinausgehen. Gefütterte Briefumschläge sind verboten. Verschllossene Briefe, Sendungen ohne Abänderung, unleserliche Schriftstücke sowie alle Sendungen, die den sonstigen Vorschriften nicht entsprechen, sind von der Beförderung ausgeschlossen. Druckchriften größeren Umfangs werden von den Postämtern zurückgestellt und können dadurch verzögert werden.

Für Briefsendungen und Postanweisungen gelten die innerdeutschen Gebührensätze, für Telegramme wird das Dreifache der inländischen Vorkosten erhoben, mindestens 1 M. 50 Pf. Alle Sendungen sind vom Absender vollständig freizumachen. Im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost werden hierzu deutsche Postwertzeichen mit dem Ueberdruck: „Postgebiet Ost“ ausgegeben. Zu den Postanweisungen sind Auslandsbordrücke zu verwenden. Die Postanweisungen sind in deutscher Währung auszustellen.

Es ist vorbehalten, Telegramme innerhalb des Postgebietes des Oberbefehlshabers Ost auch druckschriftlich zu befördern, namentlich bei starker Belastung der Telegraphenlinien.

Privater Paket- und Fernsprechverkehr in und mit dem Postgebiet Ost ist nicht zugelassen. Dagegen vermitteln die deutschen Konsulate in diesem Gebiet auch den Bezug sämtlicher in deutscher Sprache im Deutschen Reich erscheinenden, von der Zensur überwachten Tageszeitungen und zweier polnischer Tageszeitungen („Dziennik Północny“ und „Kurier“) unter den in Deutschland geltenden Bedingungen.

**Schulfeiern.**

Nach Anordnung des Oberbefehlshabers in den Marken sind anlässlich der Wasserversorgung unserer Verbündeten auf dem montenegrinischen Kriegeskampfleife am heutigen Mittwoch in Berlin und der Provinz Brandenburg Schulfeiern abzuhalten. Nach diesen Feiern sind die Kinder zu entlassen.

**Anmeldung des Bestandes an Saatgetreide.**

Nach der Bundesratsverordnung vom 13. Januar 1916 ist alles Saatgetreide für die Kommunalverbände beschlagnahmt, in deren Bezirk es sich befindet, soweit es etwa inzwischen aus der Beschlagnahme des Kommunalverbandes, in dem es gewachsen war, frei geworden ist. Außerdem sind alle, die mit dem Beginn des 15. Januar 1916 solches Saatgetreide im Gewahrsam hatten, verpflichtet, bis zum 20. Januar 1916 es dem Kommunalverband des Lagerungsortes, getrennt nach Arten und Eigentümern, anzuzeigen. Alle Personen, welche Saatgetreide innerhalb Berlins am 15. Januar in Gewahrsam hatten, müssen also, um nicht der Strafe der Verordnung zu verfallen, die Anzeige, nach Getreidearten getrennt, bei dem Magistrat Berlin einreichen. Die Anzeige ist an den „Magistrat, Abteilung für Brotversorgung, Poststr. 18“, zu richten. Die Verordnung gilt für alle, auch die kleinsten Mengen von Saatgetreide, und es werden deshalb zahlreiche Personen von ihr betroffen, die, wie z. B. viele Lausitzkolonisten, kleine Mengen von Saatgetreide aufbewahren, um es im Frühjahr auf ihrem Laubengelande und dergl. zur Aussaat zu bringen. Es kommt nur darauf an, daß das Saatgetreide am 15. Januar sich innerhalb des Ge-

meindebezirks Berlin befand; unerheblich ist, ob es im Bezirk eines anderen Kommunalverbandes zur Aussaat gelangen soll.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat den Rationalen Frauendienst und das Rote Kreuz erucht, ihr alle den Mitgliedern dieser Organisation bekannt gewordenen Fälle von Uebertuerungen des Publikums beim Einkauf von Warenständen des täglichen Lebensbedarfes sofort mitzuteilen. Die Preisprüfungsstelle wird alle solche Vorkommnisse prüfen und verfolgen.

In letzter Zeit ist übrigens eine nicht unerhebliche Zahl von hiesigen Gewerbetreibenden verwahrt oder der Polizei und Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden.

**Polizeiliche Schließung von Spielklubs mit „Ermächtigung des Oberkommandos“ als unanfechtbare Anordnung des Oberkommandos in den Marken.** Auf Beschwerden über das Treiben in verschiedenen Spielklubs hatte das Oberkommando in den Marken vom Polizeipräsidenten in Berlin Berichte eingeholt und dann die Schließung angeordnet. Zu den Spielklubs wurde auch der Gesellschaftsklub Belle-Alliance gerechnet. Der Polizeipräsident verfügte nun „mit Ermächtigung des Oberkommandos“, wie es in den Verfügungen hieß, die Schließung jener Klubs für die Dauer des Krieges.

Zufürerst Räder als Vorstand des Klubs Belle-Alliance suchte die Verfügung durch die Klage beim Bezirksausschuß an, indem er davon ausging, es handele sich um eine im Verwaltungsverfahren anfechtbare polizeiliche Verfügung.

Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage als unzulässig zurück.

**Maschinendefekt wegen Ueberlastung der Arbeiterin.**

In der Granatenfabrik von Hesse u. Sohn war eine Arbeiterin beschäftigt, der ein Lohnabzug von 12,65 M. gemacht wurde, weil eine von der Arbeiterin bediente Maschine Schaden erlitten hatte, den die Arbeiterin durch Unachtsamkeit verschuldet haben soll. Die Arbeiterin klagte auf Zahlung des zurückbehaltenen Lohnes und führte vor dem Gewerbegericht aus, daß sie vier Maschinen zu gleicher Zeit zu bedienen und dazu noch das Material aus einem anderen Räume der Fabrik heranzuholen hatte. Bei dieser Gelegenheit entfiel der Schaden an der kurze Zeit unbesichtigten Maschine, die keine Vorrichtung zum Ausschalten hatte. Wenn eine solche Vorrichtung vorhanden gewesen wäre, würde die Klägerin, als sie zum Materialholen fortging, die Maschine ausgeschaltet und dadurch den Schaden verhütet haben.

Die Kammer des Gewerbegerichts sprach der Klägerin den ihr abgezogenen Betrag zu mit der Begründung: Eine Aufrechnung an dem Lohn, der die pändbare Höhe nicht erreicht, ist schon an sich nicht zulässig. Aber davon abgesehen, hatte die Beklagte kein Recht, die Klägerin für den Schaden haftbar zu machen, denn wenn eine Arbeiterin vier Maschinen gleichzeitig zu bedienen und auch noch das Material zeitweise heranzuholen hat, dann kann leicht ein Schaden an einer Maschine entstehen. Unter solchen Umständen kann ein Verschulden der Klägerin als vorliegend nicht angesehen werden.

**Vom Schlachtfelde der Arbeit.**

Im Dienste tödlich verunglückt ist gestern der 53 Jahre alte Arbeiter Hermann Marung, Guerickestr. 35 zu Charlottenburg. Marung war bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer tätig und geriet auf der Abladestelle an der Weußelstraße beim Herausziehen von Eisenbahnwagen, die mit Schutt beladen waren, zwischen Seil und Eisenriegel der Dreidelanlage. Hierbei wurde er totgequetscht. — Das Opfer eines Unfalls wurde auch der 45 Jahre alte Kaufherr Wilhelm Knaute aus der Köpenicker Straße 182. Der Mann war in einer Fabrik in der Alten Jakobstraße beschäftigt. Dort geriet am vergangenen Freitag beim Verschieben ein Wagen ins Schleudern. Die Deichsel traf ihn so schwer gegen den Unterleib, daß er zusammenbrach. Der Geschäftsführer brachte den Verwundeten nach seiner Wohnung, wo er ärztlich behandelt wurde. Gestern starb er an den Folgen des Unfalls.

**Eine Verhaftung in Helsingfors spielt nach Groß-Berlin herüber.** In Helsingfors wurde ein Schwindler festgenommen, der einer Dame in Moskau für 100 000 Rubel Bargeld und Schmucksachen abgelockt hatte. Es handelt sich um einen Wladimir Jostkofer, einen Russen, der aus der Schweiz stammen soll. In Moskau ist seit einigen Jahren der Kunstmaler Robert Laub ansässig, der aus Pankow gebürtig ist und der auch jetzt hier noch Angehöriger hat. Laub wurde im April vorigen Jahres mit vielen anderen Deutschen verhaftet und gefangen gesetzt. Seine Gattin begleitete ihn in das Gefangenlager. Seine Stiefochter dagegen, eine Russin, blieb in der Wohnung, um dort alles in Ordnung zu halten. Jostkofer erfuhr von dieser Lage der Familie und beschloß, sie durch einen Schwindel auszubeißen. Durch gefälschte Telegramme wußte er sich das Vertrauen der Stiefochter zu verschaffen. Dann spiegelte er ihr vor, die russische Regierung plane, das ganze Vermögen des Vaters zu beschlagnahmen. Das veranlaßte die junge Dame, ihm alles anzuvertrauen, um es zu retten, im ganzen 100 000 Rubel in barem Gelde und Schmucksachen. Als sie durch Anfragen bei ihrem Stiefvater und in Pankow erfuhr, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war, hatte Jostkofer bereits das Weite gesucht.

**Ein Raubüberfall auf die 56 Jahre alte Händlerin Elwine Papke wurde gestern nachmittag in der Mulackstr. 31 verübt.** Als Täter kommen in Betracht der 18 Jahre alte Gustav Scholz aus der Lindenstr. 36 und noch ein anderer Bursche. Unter einem Vorwande begeherten die Burschen Einlass und fielen dann mit einem Wagnerschein und einem Dolchmesser über die alte Frau her, schlugen auf sie ein und brachten ihr mehrere Schläge und fünf Stiche in den Kopf bei. Die Ueberfallene zeigte sich aber zur Wehr, raffte sich auf, eilte ans Fenster, schlug eine Scheibe ein und rief nach dem Hof hinaus um Hilfe. Damit hatten die Räuber nicht gerechnet. Unter Zurücklassung des Wagnerscheins und des Dolchmessers ergriffen sie jetzt die Flucht und entkamen, bevor Hausgenossen der Ueberfallenen herbeieilten. Die Kriminalpolizei wurde sofort benachrichtigt und Beamte des Bezirksamts Berlin-Mitte nahmen alsbald die Ermittlungen auf. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Der Begleiter des Scholz ist ein unbekannter kleiner und untersehler Bursche von etwa 14—15 Jahren. Frau Papke ist schwer aber nicht lebensgefährlich verletzt. Sie konnte in ärztlicher Behandlung in ihrer Wohnung bleiben.

**Ein Dachstuhlbrand wütete gestern in der Lederstr. 59 im sogenannten „Afrikanischen Viertel“.** Als der 28. Automobilhelfer dort eintrat, stand der Dachstuhl des neuen vierstöckigen Hauses schon in großer Ausdehnung total in Flammen. Ueberall schlugen sie aus dem Dache heraus. Die Flammen hatten indes an dem Hausrat der Mieter in den Bodendeckelungen und an Brennmaterialien so reiche Nahrung gefunden, daß die Feuerwehrtundenlang mit der Löschung zu tun hatten. Die Entstehung war nicht mehr aufzuklären. Der Schaden ist leider bedeutend. Erst in später Stunde konnte die Wehr nach der Aufräumung der Brandstelle wieder abrüden.

**Zeugen gesucht** Personen, die am 28. Dezember nachmittags gesehen haben, wie in der Adalbertstraße, Ecke Waldemarstraße, ein Mann von einem dreirädrigen Auto angefahren wurde und Verletzungen davontrug, werden gebeten um Angabe ihrer Adressen an Frau Schilder, Falter Str. 102, IV.

**Aus den Gemeinden.**

**Die Wilmerdorfer Untergrundbahn im Jahre 1915.**

Es wurden im Jahre 1915 insgesamt 2 610 841 Fahrkarten verkauft gegen 2 810 222 im Jahre 1914. Die Ueberzahl der einzelnen Monate zeigt, daß sich der Verkehr seit September v. J. weit über den der entsprechenden Monate in 1914 erhebt und immer mehr den Zahlen vor dem Kriege nähert.

**Lebensmittelversorgung in Weißensee.**

Vom Mittwoch ab wird an jedermann in der Verkaufsstelle der Gemeinde, Langhansstr. 103, gepökeltes Lammfleisch in Stücken bis zu 2 Pfund zum Preise von 1,10—1,30 M. pro Pfund abgegeben. Ferner sind in Bestellung gegeben 300 Zentner Schweinefleisch als Schmalzerlay in Dosen, eine Pfunddose soll 2 M. kosten; dann 100 Zentner Margarine, das Pfund zu 2 M. Diese Fette sollen nach Anlieferung an jedermann abgegeben werden und zwar auf jede Brotkarte  $\frac{1}{4}$  Pfund. In den nächsten Tagen gelangt ein Waggon gefrorenes Schweinefleisch zum Verkauf und zwar zu den festgesetzten Höchstpreisen. Außerdem sind in der Verkaufsstelle noch Kartoffeln, 10 Pfd. 38 Pf., Mohrrüben, Kohlrüben, Eier usw. zu haben. Letztere Artikel werden nur gegen Berechtigungschein abgegeben. Diese Scheine sind auf dem Rathaus, Albertinenstraße 6, 2 Treppen, zu haben. Bei den Verkäufen an jedermann muß ein Ausweis, daß der Käufer in Weißensee wohnt, vorgezeigt werden.

**Gemeindevorsteherwahl in Petershagen.**

In der letzten Gemeindevorsteherwahl am Sonnabend fand die Wahl eines Gemeindevorstehers statt. Der Kandidat der Vettern, Herr Emil Nadel, erhielt 5, der Spediteur Karl Wille, für den auch unsere Genossen unter Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse stimmten, 6 Stimmen. Letzterer ist somit als Gemeindevorsteher gewählt.

**Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.**

Rosenthal, Donnerstag, den 20. Januar, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des neuen Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 91.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

**Gerichtszeitung.**

**Haftung des Vermieters und Verpächters.**

Ein insbesondere für den Mittelstand außerordentlich wichtiges Urteil des Reichsgerichts vom 9. November 1915 ist jetzt veröffentlicht. Es betrifft die Frage, ob bei den zahlreichen durch den Krieg veranlassenen Behördlichen Verordnungen und Verboten der Verpächter oder der Pächter, der Vermieter oder der Mieter den Schaden zu tragen hat. So z. B. bei Erlaß eines allgemeinen Tanzverbots. Das Reichsgericht hat zugunsten des Pächters und Mieters entschieden. Der Fall ist aus nachstehendem zu ersehen.

Der Gastwirt G. in Berlin verpachtete durch Vertrag vom 7. Mai 1913 sein Restaurations-Establishment nebst Inventar an die Eheleute Gastwirt R. auf die Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1915 für einen jährlichen Mietzins von 27 000 M. Infolge des Krieges wurde seit dem 10. August 1914 die Veranstaltung öffentlicher Tänze polizeilich untersagt. Die Eheleute R. beanpruchten deshalb die Minderung des Pachtzinses von 6750 M. auf 2000 M. vierteljährlich bis zur Wiedergehattung öffentlicher Tänze. Sie erhoben eine dahin gehende Feststellungsklage gegen den Vermieter G.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin haben die Klage abgewiesen. Auf die von den Klägern eingeleitete Revision hat das Reichsgericht jedoch dieses Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Kammergerichts zurückverwiesen. In seinen Entscheidungsgründen äußert der höchste Gerichtshof: Zur Begründung ihres Anspruchs auf Minderung des vereinbarten Pachtzinses haben die Kläger behauptet, das in den Pachtträumen betriebene Geschäft habe nicht nur während ihrer Pachtzeit bis zum Kriege, sondern während der fast 30-jährigen Zeit der Benutzung der Räume vor dem Vertrags-schluss ausschließlich oder doch vorwiegend auf dem Tanzbetriebe beruht; dieser sei die eigentliche Einnahmequelle gewesen; die Räume seien überhaupt nur an den Tanztagen (an 5 Tagen in der Woche) geöffnet gewesen. — Widete aber der Tanzbetrieb die eigentliche Quelle des Erwerbs aus der Gastwirtschaft des Klägers zur Zeit des Vertragschlusses, so ist der Minderungsanspruch der Kläger auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen der §§ 551, 537 U.S.G. begründet. Das Bürgerliche Gesetzbuch hat eine besondere Bestimmung über einen Pachtzinsnachlaß wegen außerordentlicher Unglücksfälle nicht aufgenommen. Nach den Motiven des Gesetzes ist im gegebenen Falle der Zufall von dem Verpächter zu tragen. Denn er trifft nicht die Früchte des Pachtgegenstandes oder deren Entstehung, sondern den Pachtgegenstand selbst und beinträchtigt die Möglichkeit der Fruchtziehung. Ebenso wie bei einem Mietvertrag ein polizeiliches Verbot, das die Benutzung der Mietsache zu dem vertragmäßigen Gebrauche verhindert, den Mieter von der Zahlung des Mietzinses gemäß § 537 U.S.G. befreit, wenn es sich bei dem Verbot um irgendwelche Beziehungen (z. B. die örtliche Lage) der Mietsache handelt, so berechtigt bei einem Pachtvertrage ein polizeiliches Verbot den Pächter zur Verweigerung oder Minderung des Pachtzinses, wenn das Verbot den Pachtgegenstand selbst trifft und dem Pächter die Möglichkeit nimmt, die vertragmäßige Nutzung zu ziehen. Das ist hier nach dem Vorbringen der Kläger der Fall. Danach hatten in den verpachteten Räumen, die zum Tanzbetriebe eingerichtet waren, viele Jahre hindurch wöchentlich fünfmal öffentliche Tänze stattgefunden. Dadurch hatten die Wirtschaftsräume die besondere Eigenschaft einer Tanzwirtschaft erhalten. Der Beklagte verpachtete die Räume an die Kläger, damit diese die Räume in gleicher Weise vermieten, also die Nutzung aus dem Tanz- und dem sonstigen Wirtschaftsbetriebe zogen. Dieser Fruchtgenuss wurde durch das Verbot öffentlicher Tänze für dessen Dauer aus einem nicht in der Person der Pächter liegenden Grunde unmöglich. Das Verbot betraf den Pachtgegenstand selbst, die zum Tanzbetriebe eingerichteten und ihm seit langen Jahren dienenden Räume; sie wurden dadurch der Eigenschaft einer Tanzwirtschaft beraubt und so mit einem die Tauglichkeit zu der vertragmäßigen Nutzung mindernden Fehler behaftet, so daß die Vorschrift des § 537 gemäß § 551 Abs. 2 U.S.G. entsprechend anwendbar ist. (III. 145. 15.)

Genau wie dieser Fall liegen zahlreiche andere Rechtsfälle, so z. B. die: Ist der Dreifachentrichter verpflichtet, die Miete für einen Taximeter zu zahlen, den er infolge behördlicher Anordnungen nicht nutzen kann? Das hiesige Landgericht hat im Gegensatz zum Amtsgericht diese Frage leider bejaht. Es schweben noch verschiedene ähnliche Klagen der Taximeter-Aktiengesellschaft gegen Dreifachentrichter. Hoffentlich bekennen sich jetzt auch die Amts- und Landgerichte zu der Auffassung des Reichsgerichts.

Der Verurteilung erliegen.

Nach achtzehnjähriger Dienstzeit ist der beim Postamt 5 in Charlottenburg beschäftigte gewöhnliche Postkassierer Gustav Köffelbein der Verurteilung erliegen. Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen, sich rechtswidrig angeeignet.

Aus aller Welt.

Feuersbrunst in einer italienischen Stadt.

Schon wieder eilt die Kunde von einem Elementarereignis durch die Welt. Einem ähnlichen Schicksal wie die norwegische Stadt Bergen scheint nun eine italienische Stadt verfallen zu sollen.

Bergamo eine entsetzliche Feuersbrunst aus, die seit zwei Tagen anhält, sich über vierzig Kilometer erstreckt und die Bevölkerung in großen Schrecken versetzt.

Originell und sinnig.

In dem hierförmigen „Regensburger Anzeiger“ erschien folgende Ankündigung: „Der Vertrieb von Kriegs-Rosenkränzen als sinniges Kriegs-Andenken“ hat nach heutiger Ankündigung die Firma M. Härtel hier übernommen.

Der Goldschatz im Düngerhaufen.

Es gibt bekanntlich überall Leute, die ihr Geld — kleine und größere Summen — lieber im Strumpf aufbewahren, als es in die Bank zu tragen. Zu dieser Sorte von Leuten, die ein unausrottbares Mißtrauen gegen Bankbills und dergleichen Papiere haben, gehörte, bis vor kurzem wenigstens, ein wohlhabendes Bauernpaar, von dem René Bures im „Figaro“ eine heitere Geschichte erzählt.

Eindruck auf ihn und er suchte die Bäuerin dazu zu bestimmen, die 2000 Goldstücke dem Staate für Papier auszuliefern. Die Bäuerin war aber lange nicht umzukommen. Endlich aber gab sie doch nach. Sie setzte sich hin und schrieb der Bank folgenden Brief: „Herr Gouverneur! Ich besitze 40 000 Fr. in Gold. Sie sind aber unter vierzig Karren Dünger vergraben. Wenn Sie das Gold wollen, so lassen Sie den Dünger entfernen. Ich bin dazu nicht imstande.“

Ein Feldpostmacher stand wieder einmal in der Ferien des 18. Jahres alten Postausbalters Hermann Zander vor Gericht, und zwar vor der Strafkammer in Braunschweig. Er hatte Geldbeträge in Gesamthöhe von 155 M., die von Kriegsteilnehmern ihren Angehörigen in der Heimat überbracht waren, für sich verbracht und die Unterschlagungen durch Fälschung der Postquittungen zu verdecken gesucht.

Weil sie ihren Angehörigen Streichhölzer ins Feld schickte und damit eine oft wiederholte strenge Warnung der Reichspostverwaltung übertrat, wurden dieser Tage wieder einmal zwei Frauen zu Strafe für jedenfall recht fühlbaren Geldstrafen verurteilt. Eine Frau in Dresden sandte ein Paket ins Feld, das unterwegs wegen schlechter Verpackung von der Post neu eingepackt werden mußte. Dabei bemerkte die Beamten, daß in dem Paket Streichhölzer waren. Es erfolgte pflichtgemäß Anzeige, und die Abfenderin wurde zu einer Geldstrafe von 15 M. verurteilt.

Der erste Balkanzug ist laut telegraphischer Nachricht am Montagabend in Konstantinopel eingetroffen.

Parteiveranstaltungen.

Mariendorf. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Badvereins bei Frau Kurjantenstr. 41.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bez. Borsigwalde-Wittenau. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 17. Januar unsere Genossin Frau Luise Kalisch 26 Jahre alt, gestorben ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein Königs-Wusterhausen u. Umgeg. Bezirk Wildau. Nachruf! Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Feilenhauer Wilhelm Nest gestorben ist.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Norden II. Am 14. Januar starb unser Mitglied, der Bager Lorenz Kurzmann.

Am 7. November 1915 verstarb infolge Brustschuffes mein lieber Mann, Sohn, Bruder und Schwiegerjohn, der Landturmmann Robert Drucks.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 5. Januar 1916 unser lieber Kollege, der Sattler Friedrich Huhnfleisch im 36. Lebensjahre.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler Albert Dummert am 15. Januar verstorben ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim. Bezirk Waldmannslust. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schmied Gustav Felske aus Hermsdorf nach längerem Siechtum verstorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied Gustav Felske am 16. Januar gestorben ist.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend, Bezirk I. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Friedrich Brumm am 13. Januar verstorben ist.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau Marie Henckel geb. Milantzi infolge Schlaganfalls sanft entschlafen ist.

Als Opfer des Weltkrieges verstarb im Feldlazarett am 15. Januar mein herzenguter, innig geliebter Gatte, Vater, Sohn, Bruder, Schwager, Schwiegerjohn und Onkel, der Schiffsleiter Robert Halisch.

Für Feldsoldaten! Deutsch-Polnisch 15 Pf. Deutsch-Französisch 15 Pf. Durchhandlung Vertriebs.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer Gustav Herzberg von der Firma Haupt, Reichenberger Straße, am 14. Januar im Alter von 27 Jahren verstorben ist.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend. Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. Januar unser Mitglied Heinrich Block verstorben ist.

Am Montag, den 17. Januar, verstarb nach langem, schmerzlichem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter Luise Kalisch geb. Schulze im Alter von 29 Jahren.

Der Inventur-Ausverkauf für Pelzwaren geht seinem Ende entgegen. Persianerjackett 350.-, Nerzmurmelmantel 215.-, Breitschwanzmantel 685.-, Sealelectric-Kanin 155.-

Wesimann Kostüme. Angebot für Mäntel u. Kostüme. Gummimäntel, schwarze, haltbare Gummierung 15.-, Gummimäntel, sorgfältige Gummierung, Kammgarn-Popeline alle Farb. 35.-, 20.-, 24.-

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer Gustav Herzberg von der Firma Haupt, Reichenberger Straße, am 14. Januar im Alter von 27 Jahren verstorben ist.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend. Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß am 15. Januar unser Mitglied Heinrich Block verstorben ist.

Der Inventur-Ausverkauf für Pelzwaren geht seinem Ende entgegen. Persianerjackett 350.-, Nerzmurmelmantel 215.-, Breitschwanzmantel 685.-, Sealelectric-Kanin 155.-

Wesimann Kostüme. Angebot für Mäntel u. Kostüme. Gummimäntel, schwarze, haltbare Gummierung 15.-, Gummimäntel, sorgfältige Gummierung, Kammgarn-Popeline alle Farb. 35.-, 20.-, 24.-

Alkoholle, Getränke Franz Abraham. Bad, Messina- u. Römertrank-Koll. C. 23 Dariastr. 8a, Fernsp. Kgt. 13708. Bäder-Anstalten. Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34. Central-Bad, Neukölln, Anzengruberstr. 23.

Er erscheint 2 mal wöchentlich. Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen. August Holz 15 Detail-Geschäfte. Herm. Kunert, Culmstr. 29. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Schröter, R., 43 Verkaufsstellen 43. Uhly & Wolfram Cigarrenfabriken. Juhl 250 GESCHÄFTE. J. Neumann 300 Niederlagen. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Vester, E., 100 Niederlagen.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Bierbrauerei, Bierhandlg. Brauerei Bötzwow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges. Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel. Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere. C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkl Wanninger Bier! Spandauerberg-Brauerei Weissbier, C. Breithaupt, Pallasdenstr. 97 Tel. Kgt. 2081, 2082. Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Carl Jung, P. Müllerstr. 49, K. Sauer.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf. Nähmaschinen. Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Singer Nähmaschinen. Läden in allen Stadtteilen. Optiker, Mechaniker. Groß, Paul, Warschauerstr. 66. Schabert, Carl, Nikln. Bergstr. 14. Weine, Liköre, Fruchtsäfte. Hugo Böling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Herm. Meyer & Co. Act. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. Underberg. Deutscher Kaiser-Semper Idem anerkannt bester Bitterlikör. Versicherungen. „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Startklassenversicherung, Straße 2.

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit in 98 103. Ältester und größter Milchwirtschaftlicher Großbetrieb. Wirtschaften, Einblissom. Backepeter, Schöneberg Hauptstr. 139. O. Rohloff, Fernstr. 1, Brauerei-Kollegat. Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßhofs. Photogr. Apparate. M. Albrecht 50, Kottbuserstr. 2. auch Gelegenheitsakt. Photo-Jansen, Hauptstr. 23. Schreibwaren. O. Prochnow, Müll. Bernauerstr. 49. Uhren u. Goldwaren. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40. Zahnateller. W. Best, Müllersstr. 51 K. Wraspitzer. Mahlador. Frau A. Pagel, Kolonialwaren. Mariendorf. H. Wagner, Müll. Bernauerstr. 49.